

Mannheim.

In die Zukunft investieren.

Mehr für Kinder und Familien.

Etatrede

*des Vorsitzenden der
CDU-Gemeinderatsfraktion
Stadtrat Claudius Kranz
zum Doppelhaushalt 2018/19
gehalten am 21. November 2017*



CDU

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Mannheim.

In die Zukunft investieren.

Mehr für Kinder und Familien.

Unter diesen Leitsatz hat die CDU-Fraktion ihre diesjährige Etat-Rede gestellt.

Wenn man beginnt, eine Etat-Rede aufzusetzen, dann macht man sich meist nochmals grundsätzlich Gedanken über die Fragen: Warum betreiben wir Politik? Mit welcher Ambition gehen wir an die Vielzahl unterschiedlicher Sachverhalte in unserer Kommune heran? Welche Werte können und wollen wir mit unserer Politik vermitteln? Welche Zukunftsperspektive erreichen wir mit dem, was wir beschließen werden? Wo haben wir in der Vergangenheit die falschen Anreize gesetzt, die falschen Akzente gelegt, wo ist etwas richtig gut gelaufen? Was können wir daraus für die Zukunft lernen? Genau in dieser Phase meiner Überlegungen kam die erfreuliche Nachricht unserer Stadtratskollegin Katharina Dörr, dass sie einen gesunden Sohn namens Leonhard entbunden hat.

Liebe Katharina, an dieser Stelle nochmals herzlichen Glückwunsch.

Damit war aber sofort wieder klar, klarer als jeder Gedanke zuvor: Wir gestalten Politik für eine Gesellschaft, in der wir heute und morgen gut zusammenleben und alle Menschen die Chancen haben, sich zu entwickeln, persönlich, beruflich als Teil dieser Gesellschaft. Wir setzen die Rahmenbedingungen. Wir treffen nicht jede Entscheidung im Leben eines Menschen - nein, wir sollen nicht jede Entscheidung für den Bürger treffen, aber wir geben den Rahmen vor.

Auf der kommunalen Ebene ist diese Rahmensetzung beschränkt auf bestimmte Themen, aber es sind für das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger wichtige Themen. Kinderbetreuung in Krippe, KiTa und Schule, Einrichtung und Unterhaltung von Grundschule bis zur Berufsschule, Schaffung und Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur von Straßen, öffentlichen

Personennahverkehr, Krankenhäusern bis hin zu Kultureinrichtungen. Wir schaffen vor Ort die Grundlagen für eine soziale Stadtgesellschaft, damit die Bürger dieser Stadt ihren individuellen Weg gemeinsam in der Gesellschaft gehen können. Wir gestalten den öffentlichen Raum. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass dieser auch sauber gehalten wird. Wir müssen dem immer weiter wachsenden Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung nachkommen. Wir ermöglichen und unterstützen das ehrenamtliche Wirken in unserer Gesellschaft.

Für all das und noch einiges mehr sieht die Gemeindeordnung den Gemeinderat als das Hauptorgan einer Kommune. Als dieses Hauptorgan hat der Gemeinderat die Aufgabe, bei jeder Entscheidung zu allererst zu überlegen, ob diese richtig ist, ob sie der Stadt dient, ob sie die Stadt voranbringt. Dabei spielen selbstverständlich auch politische Meinungen eine Rolle. Insofern widersprechen wir Christdemokraten dem Oberbürgermeister, der in seiner Etatrede formulierte: „Gewählt ist der Gemeinderat nicht für seine Meinungen, sondern für die Übernahme gestalterischer Verantwortung, die vor allem auch in Kommunikation besteht.“

Auf Grund seiner politischen Meinung wird ein einzelner Stadtrat bzw. seine Partei gewählt, um dann die Verantwortung zu übernehmen, Stadtpolitik zu gestalten. Die Kommunikation mit den Bürgern darf dabei aber nicht einseitig sein. Sie ist nicht darauf ausgerichtet, alleine getroffene Entscheidungen zu vermitteln bzw. zu kommunizieren, sondern - wenn man den Begriff der Bürgerbeteiligung ernst nimmt - besteht sie vor alledem darin, bereits im Vorfeld einer Entscheidung mit dem Bürger zu sprechen und zu zuhören, was Bürger wünschen und was nicht. Dies in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen, ist sicherlich Aufgabe eines jeden einzelnen Stadtrats.

Wenn eine Entscheidung gefallen ist, gibt es im Regelfall auch immer Personen, die sie anders getroffen hätten. Gerade die neu aufgelegten Bürgerbeteiligungsprozesse zeigen deutlich, dass man es nie allen Interessen Recht machen kann. Für uns ist es wichtig, dass aber in einem transparenten Verfahren die Bürger frühzeitig wissen welche Entscheidungen anstehen und welche Optionen gegeben sind. In diesem Bereich sind die Probleme der Einbindung der Bezirksbeiräte gerade durch das neue Beteiligungssystem noch nicht adäquat gelöst.

Die Finanzsituation unserer Stadt

Lassen Sie mich nach diesen allgemeinen Ausführungen zu Beginn meiner Rede jetzt auf wichtige inhaltliche Gesichtspunkte zu sprechen kommen. Dabei komme ich auf sozusagen unser jüngstes Mitglied in der CDU-Fraktion zurück, Leonhard, den Sohn unserer Kollegin Katharina Dörr.

Ein im Jahr 2017 geborenes Kind hat bereits mit seiner Geburt Kämmereischulden der Stadt Mannheim in Höhe von 1.632,10 € geerbt. Das Ziel einer vernünftigen Politik muss es sein diese Verschuldung nicht auf- sondern abzubauen.

In den Haushaltsreden für den nun zu Ende gehenden Doppelhaushalt 2016/2017 mussten wir noch ein unkalkulierbares Risiko von Mehrbelastungen feststellen, so dass die Bewertung seinerzeit lauten musste: „Der Haushalt ist auf Kante genäht.“.

Erfreulicherweise können wir feststellen, dass zumindest das Halbjahresergebnis 2017 bereits einen deutlichen Überschuss für den 31.12.2017 prognostizieren lässt. Auch die Steuerschätzungen und der Sachverständigenrat zeigen noch einmal auf, welche positive konjunkturelle Entwicklung wir in Deutschland weiterhin haben und dass sich diese in höheren Steuermehreinnahmen niederschlagen wird. Es darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir weiterhin große finanzielle Herausforderungen in Mannheim zu meistern haben.

Die Darstellung der Schuldenentwicklung zeigt im Gesamtergebnis zwar auf, dass diese sich in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 leicht nach unten bewegen, jedoch lediglich aus der Situation heraus, dass die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte planungsgemäß getilgt werden. Die Verbindlichkeiten des Kämmereihaushaltes steigen jedoch um 12 Mio. € an.

Hier sind wir der Auffassung, dass die positiven Abschlüsse der beiden Haushaltsjahre 2016 mit einem positiven Gesamtergebnis von 86,7 Mio. € und einem ebenfalls positiven Ergebnis von 2017 in der Größenordnung von mindestens 67,2 Mio. € auch dazu hätten genutzt werden müssen, die Verschuldung des Kämmereihaushaltes zurückzuführen. In Bezug auf ein weiter verbessertes Ergebnis für das Jahr 2017 werden wir dies einfordern.

Unsere Beteiligungen

MVV Energie AG

Unsere größte städtische Beteiligung, die MVV Energie AG hat sich schon seit längerer Zeit wegweisend aufgestellt und insbesondere auch Wertschöpfungsketten entwickelt, die nicht ausschließlich in der konventionellen Energieproduktion liegen, ohne diese jedoch zu vernachlässigen.

GBG

Auch unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft ist solide aufgestellt. Die anstehende Finanzierung der Sanierung des Wohnungsbestandes in Schönau Nordwest ist eine große Aufgabe und erfährt auch eine erhebliche Unterstützung aus den Bereichen der Städtebauförderung. Die Entwicklung dort ist notwendig und wird von uns daher mitgetragen. Versuche, in dieses Projekt Dritte und damit stadtfremde Investoren mit hineinzunehmen und damit indirekt einen Teilverkauf des GBG-Bestandes durchzuführen, sind von uns von Anfang an entschieden abgelehnt worden. Kritisch betrachten wir, dass große, nicht wohnungsbaupolitische, sondern allgemein städtische Projekte, vermehrt über die GBG finanziert werden. Angefangen hatte dies mit der Strandbadgastronomie, weiter ging es mit dem Ochsenpferchbunker, der zum Archivum umgebaut wurde. Nunmehr wird auch das Technische Rathaus mit dieser Art der Finanzierung errichtet. Wir müssen bei dieser Finanzierung außerhalb des Haushaltes immer bedenken, dass wir auf der einen Seite die GBG mit Aufgaben, die nicht im Kernbereich ihres Portfolios liegen, nicht überlasten dürfen und auf der anderen Seite, was noch viel wichtiger ist, dass der Mietzins, den wir zukünftig gegenüber der GBG zu entrichten haben, dauerhafter Natur ist und damit auch strukturell unseren Haushalt belastet.

Klinikum

Vor zwei Jahren hat mein Vorgänger Carsten Südmersen zur Situation am Klinikum noch wie folgt formuliert:

„Beim Klinikum besteht die Gefahr, dass die Stadt einen jährlichen Verlust in dieser Größenordnung über den städtischen Haushalt ausgleichen muss, wenn die Entwicklung der letzten beiden Jahre fortgesetzt würde.

Heute müssen wir feststellen, dass diese Befürchtung wohl Realität werden wird. Der Oberbürgermeister hat für die kommenden Haushaltsjahre in den Etat jeweils 10 Mio. € und für die Jahre 2020 und 2021 ebenfalls jeweils 10 Mio. € eingeplant. Er sieht diese finanzielle

Unterstützung für das Klinikum als eigenkapitalstärkende Maßnahme für die notwendig werdenden Baumaßnahmen. Dem widersprechen wir.

Tatsächlich handelt es sich um notwendige Mittel für den Verlustausgleich, wobei wir nur hoffen können, dass die hier eingeplanten Mittel tatsächlich auch ausreichend sind. Hier steht jedoch wohl mehr die Hoffnung im Vordergrund, als dies durch die Realität getragen wird. Die CDU-Mitglieder im Aufsichtsrat haben die Entwicklung schon seit längerem kritisch betrachtet, insbesondere den Wirtschaftsplan 2017, und bereits im Sommer 2017 ein Gegensteuern gefordert.

Wichtig in diesem Kontext ist für die CDU-Gemeinderatsfraktion, dass wir zum Klinikum Mannheim, als medizinisches Zentrum der Maximalversorgung, als Wissenschaftsstandort und als Ausbildungsstandort stehen. Über den richtigen Weg müssen wir uns sicherlich im Aufsichtsrat nochmals unterhalten.

Keine neuen Schulden

Noch im Sommer wurde dem Gemeinderat eine Aushebelung des Neuverschuldungsverbotes durch den Oberbürgermeister vorgeschlagen. Es sollte die notwendige und ökologisch sinnvolle Investition in die neue Straßenbeleuchtung über Neuverschuldung erfolgen. Die CDU hatte schon zum damaligen Zeitpunkt eindeutig und unmissverständlich erklärt, dass, auch wenn es sich um eine sogenannte rentierliche Investition handelt, eine Aufweichung des Neuverschuldungsverbotes keine Zustimmung findet. Ein Haushalt mit Investitionen von 500 Mio. € in einem Planungszeitraum von vier Jahren hat genügend Spielraum, um in den kommenden 7-8 Jahren jeweils 4 Mio. € bis 5 Mio. € für eine neue Straßenbeleuchtung auszugeben. Insbesondere muss man zu bedenken geben, dass mit einer Schuldenaufnahme von 23 Mio. € die Maßnahme weder schneller umgesetzt noch die Zahl der ausgetauschten Laternen zunehmen würde, sondern lediglich die MVV Energie AG die Zahlung als Vorkasse erhalten hätte. Dies und die sich tatsächlich positiv entwickelnden Steuerzahlen haben dann auch den Oberbürgermeister dazu veranlasst, das Neuverschuldungsverbot unserer Hauptsatzung nicht anzugreifen. Einzig die Einsicht bei der SPD-Fraktion hierzu fehlt weiterhin, wie man aus einigen Bemerkungen nach der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters feststellen konnte.

Personalentwicklung

In Bezug auf die Entwicklung der Personalaufwendungen ist auffallend, dass diese in dem Zeitraum von 2015 bis 2017 bereits nicht unerheblich gestiegen sind, aber vom Jahr 2017 auf

2018 eine Steigerung, die zuvor in zwei Jahren erfolgte, nunmehr in einem Jahr vollzogen wird. Wie bereits in der Vergangenheit immer wieder aufgezeigt, muss hier unabhängig von den Ergebnissen, die durch die Tarifabschlüsse bedingt sind, Ausweitungen dort Einhalt geboten werden, wo die Stellen nicht für die tatsächliche Sachbearbeitung notwendig sind. Insofern mahnen wir auch an, die Thematik des Beteiligungscontrollings unter Effizienzgesichtspunkten einmal näher zu betrachten. Schließlich gibt es auf der einen Seite ein zentrales Beteiligungscontrolling und auf der anderen Seite ein Dezernatscontrolling. Compliance-Gesichtspunkte sollten bei der Betrachtung nicht außen vorbleiben.

Die Personalaufwandsquote wird sich im Betrachtungszeitraum dieses Etats und der mittelfristigen Finanzplanung wieder im Bereich zwischen 26 und 27 % ansiedeln.

Dass man nunmehr bei den Personalkosten einen Ansatz von ca. 330 Mio. € im Jahre 2018 vornimmt und damit die Finanzplanung aus dem Jahre 2015 um rund 14 Mio. € verfehlt, gibt Anlass sich des Themas „Personalkostenentwicklung“ nicht nur zu den Haushaltsberatungen, sondern auch unterjährig als Gemeinderat stärker anzunehmen.

SHM²

Die Fortführung des SHM-Prozesses ist unseres Erachtens notwendig, weil zu einem erheblichen Teil auch verwaltungsinterne Prozessoptimierungen angegangen werden sollen. Dies ist in jedem Betrieb regelmäßig notwendig und bringt meist erstaunliche Ergebnisse. Damit die Investitionskraft mittel- und langfristig gewährleistet bleibt, ist der Weg auch in Bezug auf die Zuschüsse zunächst richtig. Im letzten Hauptausschuss schon mit Leidenschaft diskutiert, wurde die für uns relevante 1%-Kürzung bei Zuschussempfängern. Da in vielen Fällen die vorgenommene Kürzung eine Kürzung nach erfolgter Zuschusserhöhung ist, können sicher auch viele Empfänger damit leben.

Mannheim als Heimat der Familie – mehr für Kinder und Familien

Was wird im Leben von Leonhard als Neugeborener, Kind, Schüler, Student, Familienvater alles auf ihn zukommen? Welche Entscheidungen treffen wir heute für sein Leben, für das Leben vieler anderer? Jetzt und für die Zukunft stellen wir Weichen.

Als Mitglieder der Christlich Demokratischen Union sind wir stolz darauf, dass das Recht auf einen Kindergartenplatz in den 90er Jahren durch eine CDU-geführte Bundesregierung eingeführt wurde. Wir wissen schon länger, dass der Betreuungsbedarf viel früher entsteht als erst mit dem 3. Lebensjahr. Die Gesellschaft hat sich gewandelt. Daher gibt es zwischenzeitlich auch den Anspruch auf den Krippenplatz. Der Ausbau war für die Stadt in den vergangenen Jahren eine große planerische und finanzielle Herausforderung. Trotzdem sind wir hier noch nicht am Ende des notwendigen Ausbaus angekommen. An dieser Stelle sei auch angemerkt, dass wir ohne die Freien Träger, namentlich die beiden Kirchen, heute noch nicht bei einer Versorgungsquote bei Krippen von 35% und bei Kindergärten von 95% angekommen wären. In der Schulkindbetreuung gibt es ebenfalls noch deutliche Defizite. Für fast jede Mutter oder jeden Vater und häufig auch für die Großeltern ist die Betreuung der Kinder oder Enkel ein Problem. Die Öffnungszeiten sind, bei immer individueller werdenden Arbeitszeiten, noch nicht flexibel genug gestaltet. Hier wird die Verwaltung aufgefordert sein, moderne Konzepte zu entwickeln.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion wird zur Unterstützung der Familien einen Antrag stellen, Familien bei den Betreuungskosten zu entlasten. Mit dem kostenfreien dritten Kindergartenjahr während der Regelöffnungszeiten haben wir im Haushalt 2010 den Einstieg in den kostenfreien Besuch des Kindergartens gestartet.

Regelkindergarten gebührenfrei

Den Weg auch das 1. und 2. Kindergartenjahr in gleicher Weise kostenfrei auszugestalten war damals schon Ziel. Die von Frau Bürgermeisterin Warminski-Leitheußer verschlafene frühzeitige Investition in die Errichtung von Krippen hat dazu geführt, dass alle Anstrengungen, eben auch finanzieller Art, in das Krippenausbauprogramm flossen. Mit den bevorstehenden Haushaltsjahren ist die Zeit gekommen, die Fortsetzung der Gebührenfreiheit für das 1. und 2. Kindergartenjahr einzuführen und zwar sofort und in einem Schritt.

Gleichzeitig richten wir den Appell an die Finanzministerin in Stuttgart den Einstieg in den gebührenfreien Kindergarten auf Landesebene anzugehen. In Rheinland-Pfalz ist dies schon geschehen, in Hessen ist der Einstieg in Umsetzung beschlossen. Mannheim steht daher in besonderer Weise in der Notwendigkeit, bei der Gewinnung junger Familien mit Kindern einen Akzent zu setzen.

Wir gehen davon aus, dass die Steuermehreinnahmen in der sogenannten Nachschiebeliste der Verwaltung zu den Etatberatungen bereits eingeplant sind.

Der Ansatz der Steuereinnahmen wird insgesamt um 5,5 Mio. € nach oben gesetzt. Dieser Vorschlag ist finanzpolitisch vertretbar und seriös, da zwischenzeitlich neue Steuerschätzungen Mehreinnahmen von mindestens 10 Mio. € prognostizieren. In der vorvergangenen Woche hat der Sachverständigenrat das vorhergesagte Wirtschaftswachstum für Deutschland um 40% nach oben korrigiert.

Nach den Aussagen des Oberbürgermeisters im Hauptausschuss können wir dank der guten wirtschaftlichen Lage in den nächsten beiden Jahren mit 15-20 Mio. € Mehreinnahmen rechnen. Dies schafft uns Spielräume, die über den Haushaltsentwurf hinausgehen. Spielräume, die wir allerdings verantwortungsvoll nutzen sollten. Daher wollen wir nicht mehr als den genannten Betrag strukturell verplanen. Das Ausgeben der sonstigen Mehreinnahmen oder das pauschale Erhöhen von anderen Einnahmeansätzen, die jedweder tatsächlichen Grundlage entbehren, halten wir aber für verantwortungslos: Warum?

Wer jetzt pauschal behauptet, die Einnahmen seien zu niedrig angesetzt, legt damit die Grundlage für spätere Steuererhöhungen, wenn diese Ansätze in den nächsten Jahren nicht erreicht werden. Steuererhöhungen sind mit der CDU jetzt und auch 2019 nicht zu machen. Mit uns wird es keine weitere Erhöhung der Gewerbe- oder Grundsteuer geben, nicht in diesem Haushalt und auch nicht nach 2019.

Auch ist das einfache Fortschreiben der Einnahmeentwicklung der letzten drei Jahre nicht seriös. Wir wissen alle, dass zwei Jahre nach einem starken Steuerjahr ein Großteil der Mehreinnahmen im Rahmen des Finanzausgleichs wieder zurückbezahlt werden muss. Wir haben dies in den letzten Jahren mehrfach schmerzhaft erfahren müssen. Wer dies jetzt ausblendet, schädigt die zukünftige Investitionskraft unserer Stadt oder erhöht den Einspardruck im Haushaltskonsolidierungsprogramm. Wer diesen Zusammenhang verschweigt, handelt unseriös.

Erfolgreichen Familienpass ergänzen – Vereine fördern

Der Mannheimer Familienpass ist seit der Einführung, beruhend auf Anträgen der CDU-Fraktion, ein Erfolgsmodell, mit fast 18.000 Familien die ihn nutzen. Wir möchten dieses Erfolgsmodell fortsetzen und ergänzen, um die Attraktivität noch weiter zu steigern.

Die wichtige Sozialisation von Kindern und Jugendlichen findet im Wesentlichen in Familie und Schule statt. Häufig gerät aber die Kinder- und Jugendarbeit in den Sport- und Musikvereinen dabei aus dem Blick. Auch dort wird neben den sportlichen und musischen

Fähigkeiten häufig ein hohes Maß an Sozialkompetenz vermittelt bzw. schwierige Situationen, die in Familien entstanden sind, aufgefangen.

Daher schlagen wir vor, den Familienpass um eine Gutscheinkomponente von zunächst 40 € Zuschuss für die Mitgliedschaft in einem Sport- oder Musikverein zu erweitern. Bei einer Inanspruchnahme von 18.000 Familienpässen wird dies Kosten von ca. 700.000 € verursachen.

Schulentwicklung fördern

Lassen Sie uns zum nächsten Schritt im Leben unseres kleinen Leonhard kommen. Er wird in die Schule kommen: Grundschule, weiterführende Schule, berufliches Gymnasium, vielleicht auch Berufsschule.

In den vergangenen Jahren ist bereits viel in die Sanierung unserer Schulen in Mannheim investiert worden. Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Der Haushalt setzt insofern in Bezug auf schon lange diskutierte und anstehende Projekte keine wegweisenden Akzente.

Was spreche ich dabei an? Die Schulentwicklung im Stadtbezirk Neckarau ist nach einem langen Entscheidungsfindungsprozess zum Abschluss gekommen. Trotzdem reicht es für die Haushaltsjahre 2018/2019 noch nicht einmal für die Bereitstellung von Planungsmitteln. Der formulierte Anspruch der Verwaltung ging sicherlich weiter und die Enttäuschung im Stadtteil ist dementsprechend groß. Wir halten es daher für den grundsätzlich falschen Weg, in der Entwicklung eines solchen Projektes nicht gleichzeitig den Planungskorridor zeitlich exakt zu beschreiben.

Völlig ohne Aussage bleiben der Haushaltsentwurf und auch die Rede des Oberbürgermeisters zum Etat im Bereich der Geschwister-Scholl-Schulen. Seit vielen Jahren wissen wir, dass Handlungsbedarf besteht. Ob der Größe der Investition, die wir durchaus auch sehen und die sich limitierend auswirkt, kapituliert die Verwaltung, zumindest für diesen Haushalt, und was noch viel schlimmer ist, auch für die mittelfristige Finanzplanung.

Kommen wir zu den beruflichen Schulen. Die Schulstatistik für das Jahr 2016/2017 zeigt auf, dass das berufsbildende Schulwesen mit seinen 12.630 Schülern und seinen 590 Klassen einen Anteil von fast 1/3 an der gesamten Bildungs- und Schullandschaft in Mannheim ausmacht. Hinter diesem Faktum verbirgt sich ein breitgefächertes, sehr stark differenziertes Bildungsangebot, das Jugendlichen unserer Stadt, aber auch unserer Region es ermöglicht, den

von ihnen angestrebten Bildungsabschluss in einer der neuen Berufsschulen mit gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Ausrichtungen zu erwerben.

Schaut man in die erst in diesem Jahr erstellte Infovorlage 256/2017 und deren Aussagen zu den Prioritäten und Risikoklassen, bestätigt sich die Erkenntnis, dass die in die Jahre gekommenen Berufsschulen, besonders die am Neckarufer Nord und deren Außenstellen, dringend grundsaniert werden müssen. Dennoch ist keine Berufsschule bei der umsetzbaren priorisierten Maßnahmenübersicht der Verwaltung vorzufinden und daher auch nicht im Haushaltsentwurf der beiden kommenden Jahre. Nur die überhaupt nicht zu verhindernden, weil unter Sicherheitsgesichtspunkten zwingenden Maßnahmen, sind haushalterisch erfasst. Jedoch gerade die Berufsschulen haben ihren Beitrag in den vergangenen Jahren dazu erbracht, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit einer Quote von unter 1 % in Deutschland die niedrigste in ganz Europa ist. Dies gilt in besonderer Weise auch für Mannheim. Über den baulichen Zustand der Gebäude hinaus ist für uns auch der Zustand der technischen Infrastruktur innerhalb der Schule von Bedeutung. Aufgrund der Größe der Herausforderung wollen wir uns dafür einsetzen, dass in diesem Bereich, nunmehr nach Grundgesetzänderung mögliche Förderungen durch den Bund erfolgen. Hier bedarf es jedoch einer Mannheimer Initiative, die von der Region mitgetragen wird. Unsere Mannheimer Berufsschulen werden auch von Schülerinnen und Schülern bzw. Auszubildenden aus der gesamten Region in Anspruch genommen.

Mehr Sicherheit für und in Mannheim

Gerade wenn man selbst Elternteil ist und die Kinder flügge werden, abends schon einmal alleine in die Stadt gehen, bekommt das Thema Sicherheit eine noch viel größere Bedeutung. Aber auch viele ältere Personen in unserer Gesellschaft fühlen sich schon in den frühen Abendstunden, wenn es dunkler wird, in der Innenstadt nicht immer wohl. Daher ist uns Sicherheit ein besonders wichtiges Anliegen und wir wollen allen Mannheimerinnen und Mannheimern ein objektivierbares Gefühl der Geborgenheit und Sicherheit geben. Die CDU hat sich immer für mehr Sicherheit und Sauberkeit eingesetzt, und zwar lange bevor andere Parteien die Sorgen und Ängste unserer Mitbürger wahrgenommen und dieses Problem ernstgenommen haben.

KOD weiterentwickeln

Der CDU ist es zu verdanken, dass es in Mannheim schon seit etlichen Jahren einen kommunalen Ordnungsdienst gibt. Ohne diesen gäbe es faktisch niemanden, der Ordnungstörungen bekämpft und somit ein gedeihliches Zusammenleben in der Stadtgesellschaft ermöglicht, weil die Polizei dazu personell schon lange nicht mehr in der Lage ist. Wir sind froh, dass wir die Zahl der KOD-Mitarbeiter in den vergangenen Jahren deutlich aufstocken konnten. Noch nicht zufriedenstellend ist für uns allerdings die Effizienz des KOD. Wir fordern ein entschiedeneres Vorgehen bei Verstößen gegen die Mannheimer Polizeiverordnung. Wer seinen Abfall auf die Straße wirft, aggressiv bettelt, übermäßigen Lärm verursacht, Grünflächen beschädigt, die Hinterlassenschaften seines Hundes einfach liegen lässt oder andere Ordnungswidrigkeiten begeht, der muss mit einer spürbaren Strafe belegt werden. Wir sagen unsere Unterstützung zu, wenn sich zeigt, dass der vorhandene Bußgeldrahmen zu einer Änderung des Verhaltens nicht ausreicht, soweit wir dies auf kommunaler Ebene selbst festlegen können.

Darüber hinaus fordern wir eine deutlich verbesserte Ausstattung unserer KOD-Mitarbeiter. Zum einen sollten wir als Stadt Mannheim, da wir Dienstherrn sind, den passiven Schutz unserer Mitarbeiter verbessern, von denen wir viel einfordern.

Zum anderen müssen wir die Ausrüstung unserer Sicherheitskräfte an die geänderten Verhältnisse anpassen. Deshalb fordern wir für den KOD neue Funkgeräte für eine bessere Kommunikation, stichsichere Schutzwesten zum Eigenschutz und Diensthunde, die in kritischen Situationen dem KOD erheblich mehr Autorität verleihen können.

Kriminalitätsentwicklung

Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, dass sich die Zahl der Straftaten in Mannheim in den vergangenen Jahren wieder deutlich erhöht hat. Dies gilt insbesondere für die Straßenkriminalität. Gerade dieser Deliktbereich führt zu einer steigenden Kriminalitätsfurcht bei den Menschen und zu einer subjektiven Unsicherheit. Hier muss die Polizei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entschieden entgegenwirken. Dafür ist vor allem die deutlich verbesserte Präsenz der Polizei auf unseren Straßen erforderlich. Wir wissen, dass die Beamtinnen und Beamten der Mannheimer Polizei vollen Einsatz zum Schutz unserer Bürger erbringen und viele bereits an und über ihre Leistungsgrenzen hinaus arbeiten. Dafür zollen wir größten Respekt. Aufgrund der Lage Mannheims als Oberzentrum im Rhein-Neckar-Raum und

der spezifischen Sozialstruktur in unserer Stadt war die Sicherheitslage im Verhältnis zu vielen anderen Regionen Baden-Württembergs schon seit jeher eine besondere. In den vergangenen Jahren kamen weitere ernst zu nehmende Herausforderungen auf uns zu. Hier wären beispielsweise zu nennen:

- Die Bedrohungslage durch den islamistischen Terror
- Eine zunehmende Gewaltbereitschaft deutscher Extremisten von rechts und von links
- Importierte Feindseligkeiten ausländischer Gruppen
- Die starke Zuwanderung aus Südosteuropa und von Flüchtlingen

Mit den vorhandenen Polizeikräften werden wir dieser neuen Bedrohungen nicht Herr werden. Deshalb ist es gut und richtig, dass das Land mehr Polizeistellen geschaffen hat. Wir fordern das Land auf, den spezifischen sicherheitspolitischen Herausforderungen Mannheims gerecht zu werden und uns eine maßgebliche Zahl von Polizeistellen zur Verfügung zu stellen.

Moderne Videoüberwachung einführen

Auf zwei Punkte möchte ich näher eingehen, nämlich auf das Thema des Alkoholkonsumverbots und auf die Videoüberwachung. Beides Themen, die seit Jahren äußerst kontrovers diskutiert werden. Auf Drängen der CDU-Fraktion wurden schon im Jahr 2001 an vier öffentlichen Plätzen Kameras installiert, um das dortige Geschehen besser beobachten zu können und im Bedarfsfalle durch die Polizei schneller intervenieren zu können. Dies ist auch gelungen. Die Zahl der Delikte am Neckartor, Marktplatz und am Paradeplatz ging bis 2007 dort sogar um bis zu 70 % zurück. Der Erfolg dieser Kameras führte zu dem gesetzlich normierten Paradoxon, dass diese abgeschaltet werden mussten. Wir haben dies immer kritisiert und befürchtet, dass sich die Verhältnisse an diesen Brennpunkten nach und nach wieder verschlechtern werden. Leider hatten wir recht.

Nun sind die Verhältnisse wieder so schlecht, dass erneut Kameras installiert werden sollen. Wir werden diese Maßnahmen unterstützen, um das Sicherheitsgefühl und die objektive Lage an diesen für die Stadt bedeutsamen Plätzen wieder zu verbessern. Da wir eine dauerhafte Verbesserung wollen, sollte der Gesetzgeber uns hier mehr Spielraum verschaffen. Wir selbst sollten jedoch im Gemeinderat entscheiden dürfen, wo wir eine Kameraüberwachung für sinnvoll und notwendig erachten. Bedauerlich ist, dass wir im Bereich der Schulen seit 2008 keine Videoüberwachung mehr vornehmen. Bis dahin war dies an immerhin 17 Mannheimer

Schulen der Fall. Da hierfür damals aber die rechtliche Grundlage fehlte, musste die Videoüberwachung dort vor 9 Jahren eingestellt werden. Aber schon 3 Jahre später, hatte die noch die CDU-geführte Landesregierung eine Rechtsgrundlage im Landesdatenschutzgesetz geschaffen, die eine Videoüberwachung an den Schulen wieder ermöglichte. Laut einer Informationsvorlage aus dem Mai 2011 sehen Schulleitungen, Lehrer, Schüler und die Eltern die Videoüberwachung als geeignetes Mittel zur Verhinderung von Vandalismus und zur Stärkung des Sicherheitsempfindens. Unserem darauf gerichteten Antrag vom 28.07.2011 wurde bis heute nicht nur nicht entsprochen, sondern er wurde nach unserer Kenntnis noch nicht einmal beantwortet. Wir sind sehr gespannt, ob wir jemals von der Bildungsdezernentin eine Antwort darauf erhalten werden. Wir werden dies jedenfalls immer wieder einfordern.

Lokal begrenztes Alkoholverbot einführen – „Trinkertreff“ einrichten

Erfreulich ist hingegen, dass die CDU-Landtagsfraktion es nunmehr geschafft hat, eine Mehrheit für ein örtlich begrenztes Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen zu organisieren. Die CDU-Gemeinderatsfraktion wird darauf drängen, dies dort anzuwenden, wo es notwendig ist. Wir nennen hier an erster Linie den Paradeplatz, der sich in den vergangenen Jahren zu einem Treffpunkt der Trinkerszene mit allen seinen negativen Begleiterscheinungen entwickelt hat.

Zwei Maßnahmen sollen dieser Trinkerszene nun entgegenwirken.

Das lokale Alkoholkonsumverbot wird z.B. am Paradeplatz seine Wirkung nicht verfehlen. Es kann jedoch dazu führen, dass sich eine Verlagerung in einen nicht kontrollierten Bereich entwickelt. Daher unterstützen wir die vom Gemeinderat beschlossene Einrichtung eines niederschweligen Angebots, des sogenannten Trinkertreffs, ausdrücklich als weitere begleitende Maßnahme. Der bisher geplante Standort an der Ecke Hafenstraße/Akademiestraße ist unseres Erachtens jedoch kein sinnvoller Standort, ein niederschwelliges Angebot zu erreichen. Niederschwellig ist für uns deshalb auch nicht nur, dass es keine Zugangsvoraussetzung gibt und der Zugang an sich ebenerdig ist, sondern auch, dass die räumliche Erreichbarkeit von den Plätzen, an denen sich im Moment Trinker öffentlich niederlassen, gegeben ist.

Der Besuch des Café Berta in Dortmund hat uns insofern nochmals in unserer Haltung bestärkt.

Einwohner gewinnen – bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Wohnungsbaupolitik wird uns auch in den kommenden zwei Haushaltsjahren sicher wieder beschäftigen. Auch hier gilt es, mit Vernunft und Augenmaß für alle Teile unserer Stadtgesellschaft Angebote zu schaffen. Mannheim als Oberzentrum der Metropolregion Rhein-Neckar hat das gleiche Problem, wie viele andere Oberzentren in Deutschland, nämlich, dass sich bei nur beschränkt vorhandenen Flächen diese zunächst verteuern und sich das sowohl auf die Preise für Mieter als auch für Käufer auswirkt. Auch die Niedrigzinspolitik trägt zur Preissteigerung für Wohnraum bei.

Familien in Mannheim Heimat geben

Mannheimer in Mannheim zu halten, Familien mit Kindern und gut Verdienende nicht ins Umland abwandern zu lassen, ist für uns dabei eine wichtige Zielsetzung. Dazu muss man in Mannheim aber auch ein Baugebiet ausweisen, das der Individualität in der Gestaltung der eigenen vier Wände genügend Spielraum lässt. Dass dies über das klassische Bauträgergeschäft nicht in dem gewünschten Umfang möglich ist, ist allen klar. Dass ein gesamtes Stadtquartier wie Franklin nicht ohne Bauträger auskommen kann, wenn die Entwicklungen in einem zeitlich überschaubaren Rahmen erfolgen sollen, wurde von der CDU-Fraktion immer wieder unterstützt.

Gleichermaßen müssen wir aber erkennen, dass mit einem Baugebiet wie dem Mahrgrund in Ilvesheim ein Gebiet geschaffen wurde, das für Mannheimerinnen und Mannheimer offensichtlich eine hohe Attraktivität hat. Wir müssen uns fragen warum? Die Antwort ist recht einfach. Bebauungsplanvorgaben lassen in Ilvesheim, aber auch in vielen anderen umliegenden Kommunen, mehr Freiräume für die individuelle Gestaltung zu. In Mannheim hingegen haben wir mit dem Bebauungsplan z. B. in Bezug auf das Gelände des ehemaligen Sportplatzes an der Rheingoldstraße viele Vorgaben, z.B. auch zur Dachform, gemacht. Wir als CDU-Fraktion fordern daher, wie bereits mit einem Antrag formuliert, ein Neubaugebiet in Friedrichsfeld auszuweisen, das dieser Individualität beim Bauen Vorschub leistet.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Auch zur Sozialquote muss an dieser Stelle nochmal etwas klarstellend formuliert werden:

Die CDU-Fraktion war und ist unter der Prämisse der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum bereit, auch Quotenmodelle zu akzeptieren, aber nicht in der typischen Form der Mannheimer Stadtverwaltung, wo das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird.

In Frankfurt z. B. hat man das Quotenmodell bei der Entwicklung eines ganzen Stadtquartieres angewandt, um in einem neuen Stadtquartier nicht nur hochpreisigen Wohnraum anzubieten, so dass dort im Europaviertel ein vernünftiger Ausgleich zwischen gehobenem, luxuriösen Wohnraum, normalem Wohnraum und günstigem Wohnraum geschaffen worden ist. Die Grenze eine Sozialquote jedoch bereits bei 10 neuen Wohneinheiten anzusetzen, und nicht auf ein Stadtquartier, dessen Größe man gemeinsam definieren kann, ist kein Ansatz von Maß und Mitte und daher mit der CDU-Fraktion nicht zu machen.

In diesem Kontext wird es auch unsere Aufgabe sein, in diesem Gemeinderat für die Einsicht zu sorgen, dass eine subjektgeförderte Wohnungsbaupolitik die gesellschaftlichen Strukturen einer Stadt stärkt, die Finanzzuweisungen beflügelt und dennoch kein Wohnungsbaumarktradikalismus bedeutet. Insofern ist es eine wichtige politische Aufgabe für die CDU-Gemeinderatsfraktion zu erreichen, dass die Wohnungsbaupolitik in unserer Stadt einhergehend mit der Nutzung der Eigenheimförderung neu gedacht wird. Eigentumsförderung spielt bei den Gedanken der Stadtverwaltung und Rot-Rot-Grün keine maßgebliche Rolle. So können wir nur hoffen, dass eine zukunftsorientierte Wohnungsbaupolitik in Mannheim dazu führen wird, dass auch unser Beispielkind Leonhard später in Mannheim mit seiner Familie gut und gerne wohnen kann, am Besten im selbstgenutzten Eigentum und damit gleichzeitig die Perspektive bietet, im Alter mietzinsfrei zu leben.

Attraktives Mannheim – auch für Jugendliche!

Wir als CDU-Fraktion stellen uns auch immer wieder die Frage, was macht Mannheim für Jugendliche, über die zahlreichen kostenpflichtigen Aktivitäten hinaus, die man als Jugendlicher in Anspruch nehmen kann, attraktiv. Mannheim engagiert sich in vielfältiger Weise für Kinder und Jugendliche und nimmt, wenn man das Haushaltsbudget hierfür betrachtet, auch große Summen in die Hand und hält eine Vielzahl von guten und interessanten Angeboten bereit.

Jugendtreffs

Dass diese Angebote gleichermaßen dezentral in allen Stadtteilen angeboten werden müssen, war schon immer Zielsetzung der CDU-Gemeinderatsfraktion, weshalb wir auch weiterhin am Ziel festhalten, in jedem Stadtteil einen Jugendtreff zu etablieren. Deshalb begrüßen wir insbesondere die Fortschritte der Planung für den Jugendtreff auf dem Luzenberg und hoffen, dass auch für die aktuellen Probleme z. B. in Seckenheim langfristige tragfähige Lösungen gefunden werden. Die Tatsache, dass sich freie Träger aus der offenen Jugendarbeit teilweise zurückziehen, hängt unseres Erachtens auch damit zusammen, dass die von uns schon in der Vergangenheit eingeforderte größere Flexibilität der Mittelverwendung zwischen den einzelnen Jugendtreffs vom Dezernat III nicht gewollt ist. Hier werden wir sicherlich ebenfalls noch einmal, auch wenn dies kein spezifisch haushaltsrelevantes Thema ist, die Stimme erheben und einen Antrag stellen.

Mit Blick auf die Entwicklungen der Konversionsflächen und hier insbesondere das neue Stadtquartier Franklin sind wir aufgefordert, frühzeitig die Weichen zu stellen und Standortoptionen zu prüfen. Der Nachhaltigkeit der Angebote verpflichtet, erwarten wir, dass die Angebote der Jugendtreffs und der Umfang der Leistungen in regelmäßigen zeitlichen Abständen dahingehend evaluiert werden, inwieweit sie den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen Rechnung tragen. Hierfür bieten auch die Stadtteilversammlungen relevante Impulse, weshalb sich die CDU-Fraktion für die Fortsetzung dieses Beteiligungsmodells ausspricht.

Stadtteilversammlungen für Kinder und Jugendliche

Gerade bei den Stadtteilversammlungen, und ich selbst habe an einigen teilgenommen, ist gerade die Sauberkeit auf unseren Straßen und öffentlichen Plätzen ein relevantes Thema gewesen. Viele kleinere Aspekte, die zutage getreten sind, konnten über die Bezirksbeiräte behoben werden.

Aus 2 mach 1 - Ämterzusammenlegung

Darüber hinaus möchte ich zum Thema Jugendhilfe auf das Projekt der Zusammenlegung von Jugendamt und Gesundheitsamt eingehen. Die CDU-Fraktion steht auch mit Blick auf das Thema der Haushaltskonsolidierung hinter dem Ziel einer leistungsstarken und zugleich schlanken und effizienten Verwaltung. Die letzten Umstrukturierungen im Jugendamt sind keine 5 Jahre her und waren gerade erst in den letzten Einzelheiten umgesetzt, als nunmehr ein

neues Projekt zur Zusammenlegung zweier Ämter angegangen wurde. Die großen Schnittstellen in diesen beiden Ämtern sehen wir bisher nicht. Wir wissen aber aus dem schwierigen Prozess der Aufteilung der Ämter in den Fachbereichen 51 und 56, dass dies die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters betrifft und für uns als Gemeinderat keine Zuständigkeit besteht. Deswegen werden wir den jetzt angestoßenen Prozess kritisch-konstruktiv begleiten und formulieren die klare Erwartungshaltung, dass nunmehr aber auch für das Jugendamt eine Zeit kommen muss, in der man sich nicht zusätzlich zur wichtigen und schwierigen Arbeit in der Jugendhilfe weiterhin permanent mit verwaltungsstrukturellen Maßnahmen beschäftigen muss, sondern sich der eigentlichen Arbeit widmen kann.

Originäre Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)

§ 1 SGB VIII lautet: „*Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.*“

Das Zielsystem des FB 51 (Jugendamt) mit seinen Leistungs- und Wirkungszielen kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die dem Kindeswohl dienende Sozial- und Lebensberatung, die Förderung und Erziehung in der Familie, die individuelle Hilfe zur Erziehung (Eingliederungshilfe), die Hilfe bei gerichtlichen Verfahren, die Unterhaltsvorschussleistungen usw. auf hohem Niveau verharrende Fallzahlen aufzeigen bzw. weiterhin steigende Tendenz aufweisen.

Allein die 3 Etataufwendungen 2018 / 2019 für die Pflichtaufgabenfelder:

1.36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	94,3 Mio. € / 95,0 Mio. €
1.36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	67,2 Mio. € / 68,6 Mio. €
1.36.90	Unterhaltsvorschussleistungen	8,5 Mio. € / 8,3 Mio. €
	Summen:	170,0 Mio. € / 171,9 Mio. €

zeigen die deutliche Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Ist-Ergebnis 2016 und den Planzahlen für das Jahr 2017 auf.

Alle drei Etatansätze verdeutlichen mit ihrem hohen Volumen die in vielen Jahren eingetretenen spürbaren Veränderungen in unserer Gesellschaft und in besonderer Weise in Mannheim. Insbesondere die individuellen Hilfen für junge Menschen sind keine singuläre Situation in

Mannheim, weil mehr als 50% der Finanzaufwendungen für die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderen betreute Wohnformen aufgewendet werden müssen.

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion ist dies eine sehr bedenkliche Entwicklung, deren Ursachen bei den veränderten gesellschaftlichen Fundamenten zu suchen und zu finden sind. Daher muss es Aufgabe von Politik sein, nicht nur die Linderung der Folgen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sondern auch steuernd auf die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen einzuwirken.

Die CDU-Fraktion wird daher auch einen Antrag der Etatberatungen den Unterhaltsvorschussleistungen widmen. Lange, teilweise sogar überlange Bearbeitungszeiten sind für uns nicht akzeptabel. Hier muss für die Alleinstehenden schnell Abhilfe geschafft werden. Zunächst sollen 2 befristete Personalstellen für Sachbearbeiter geschaffen werden. Im Folgenden muss eine Organisationsuntersuchung beleuchten, ob die Bearbeitung effizient und effektiv erfolgt, dabei soll insbesondere geprüft werden, ob die Beitreibung der Zahlungen einem modernen Forderungsmanagement entspricht.

Den sozialen Rechtsstaat gewährleisten

Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Personalität, Solidarität und Subsidiarität sind die Eckpfeiler des sozialen Rechtsstaates, welche im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland postuliert sind. Dieser Sozialstaat stellt den Menschen von Geburt bis ins hohe Alter angemessene und existenzsichernde Unterstützung bereit. Diese Aufgabe wird gemäß den 12 Büchern des Sozialgesetzbuches vorrangig in den Städten, Kreisen und Gemeinden gemeistert, so auch in unserer Stadt Mannheim. Es ist der Kern des Sozialstaatsgedanken, den sozialen Frieden zu sichern, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Heruntergebrochen auf unsere Kommune heißt das: Sozialpolitik in Mannheim hat die originäre Aufgabe, die Lebenslagen der Menschen und deren Hilfebedarfe zu sehen, zu beurteilen und sachgerechte Lösungen für die Notwendigkeiten zu schaffen.

Darüber hinaus beinhaltet diese grundlegende Sozialstaatsfunktion mit ihren vielfältigen Detailaufgaben: Arbeiten, Wohnen, Jugendhilfe, medizinische Versorgung, Altenpflege, ambulante und stationäre Betreuung und Hilfe usw. eine wichtige ökonomische Funktion in den Gebietskörperschaften generell und in unserer Heimatstadt im Speziellen.

Wie widersprüchlich seit Jahren die Entwicklung zu beurteilen ist, zeigt einerseits die positive Beschäftigungslage am Arbeitsmarkt mit der höchsten Beschäftigungszahl in der Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung (mehr als 44 Mio. Menschen, in Mannheim ca. 185.000, stehen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen), während andererseits weiterhin mit deutlich steigenden Ausgaben bei den Sozialleistungen zu rechnen ist. Dieser Zwiespalt wird aus dem vorgelegten Etat 2018/2019 sichtbar.

Angesichts des vorgelegten Ergebnis- und Finanzhaushaltsentwurfs in Höhe von je ca. € 1.300 Mio. und seinen sozialen Hauptaufwendungen für die Jahre 2018/2019:

# FB 50 – Soziale Sicherung:	285,7 Mio. € / 2934 Mio. €
# FB 51 – Jugendamt:	178,5 Mio. € / 180,4 Mio. €
# FB 53 – Gesundheit:	6,2 Mio. € / 6,7 Mio. €
# FB 56 – Tageseinrichtungen:	<u>57,2 Mio. € / 59,1 Mio. €</u>
	527,6 Mio. € / 539,6 Mio. €

ist es im Rahmen einer Etatrede nicht möglich, alle sozialen Einzelthemen anzusprechen, welche eine Stadtgesellschaft prägen. Insofern ist eine Konzentration auf wenige Themenkomplexe angezeigt.

Solidarität und Subsidiarität

Solidarität ist eine auf das Wohl des Ganzen, eine auf das Gemeinwohl gerichtete Gesinnung und Haltung des Menschen. In der Umgangssprache wird die Solidarität vielfach mit Gemeinsinn bezeichnet, die in unserer Zeit der weit verbreiteten Egoismen dennoch als wichtiger „Mörtel“ in der Form des ehrenamtlichen Engagements für unser Gemeinwesen in hohem Maße vorhanden ist.

Davon ist auch die Subsidiarität geprägt, welche die Leistungsfähigkeit der kleinen gesellschaftlichen Zellen über die übergeordneten Zellen betont.

Bei dieser Betrachtung der Wirklichkeit des Gebildes Sozialstaat wird auch deutlich, wie die Zivilgesellschaft durch nichtstaatliche Institutionen (Sozialpartner, Wohlfahrtsverbände und Kirchen) mitgeprägt und mitgestaltet wird, weil diese umfassende Verantwortung für das Gemeinwesen mit übernehmen. Ohne das Wirken der sogenannten „Freien Träger“ wären die angesprochenen Sozialaufgaben nicht zu meistern, auch nicht in unserer Stadt. Insofern ist stets

darauf zu achten, dass diese Institutionen ihren subsidiären Auftrag für die Menschen meistern können. Politik und Verwaltung sind hier gefordert, das Bekenntnis zur Subsidiarität nicht nur in Sonntagsreden zu proklamieren, sondern sie im täglichen Zusammenwirken auch positiv zu leben. Ungeachtet der politischen Gesamtverantwortung der Stadt, auch für die sozialpolitischen Aufgaben, achtet die CDU-Gemeinderatsfraktion besonders darauf, dass die Subsidiarität ein wichtiger Bestandteil der Mannheimer Kommunalpolitik bleibt.

In diesem Zusammenhang nimmt die CDU-Gemeinderatsfraktion, die im Etatentwurf 2018/2019 vorgeschlagenen Kürzungen von 1% bei den Zuschussempfängern zum Anlass, erneut die Einhaltung der Grundsatzvereinbarung der Stadt Mannheim mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege anzumahnen, die vor 10 Jahren unter dem Leitgedanken: „Das partnerschaftliche Miteinander von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege als Garant für ein soziales und gerechtes Miteinander“ unterzeichnet wurde (Anm.: B-Vorlage 519/2006).

Obdachlosigkeit und Bettelwesen

Die generell positive wirtschaftliche Entwicklung darf nicht außer Acht lassen, dass auch Menschen auf der Schattenseite der Gesellschaft anzutreffen sind. Gründe für die Obdachlosigkeit sind vielfältig. Auch wenn die Fallzahlen insgesamt relativ gering sind, wird das Stadtbild häufig von diesen Menschen mitgeprägt, insbesondere dann, wenn sie sich als Bettler im öffentlichen Raum, insbesondere in der Innenstadt, bewegen.

Angesichts der Zuwanderung in unsere Stadt ist davon auszugehen, dass die Zahl obdachloser, hilfeschuchender und bettelnder Menschen weiter ansteigen wird. Mit Blick auf diese Perspektive sind alle städtischen Fach- und Hilfestellen sowie die Angebote der Freien Träger miteinander noch stärker zu vernetzen, um den Betroffenen in ihrer jeweiligen Situation optimale Unterstützung gewähren zu können.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Fachstellen der Stadt, als auch denen der Freien Träger, die Tag ein, Tag aus sich den Bedürfnissen dieser in Not befindlichen Menschen annehmen und ihnen Hilfe und Unterstützung zukommen lassen.

Verkehrspolitik - als Miteinander und nicht Gegeneinander - neu denken

Verkehrspolitische Debatten im Gemeinderat lassen sich in den letzten Jahren darauf reduzieren, dass Kontroversen bestanden in Bezug auf das Verhältnis PKW-Fahrrad, Fahrrad-Fußgänger, PKW-Fußgänger. Daher ist es unsere Aufgabe als Politik Maß und Mitte in unseren Entscheidungen herzustellen. Ich gebe zu, dass dies im Einzelfall schwierig ist. Gelungen ist zum Beispiel der Rückbau von Parkplätzen am Fahrbahnrand in der Kunststraße, um im Gegenzug mehr Freiraum zu gestalten oder die Räume als Fläche für Cafés zu nutzen. Auch eine Fahrradstraße vom Bahnhof zum Wasserturm in der Tattersallstraße ist richtig, da dort eine starke Nutzung durch Fahrradfahrer vorhanden ist. Anders sieht es hingegen bei der Planung für einen Fahrradweg in der Augustaanlage aus. Fahrradwege aus dem Osten in die Stadt gibt es mehrere: von Seckenheim/Neuostheim am südlichen Neckarufer entlang bis zum Theresienkrankenhaus und von Almenhof/Neckarau bzw. Neuhermsheim rechts und links der Reichskanzler-Müller Straße. Wichtig wäre es diese, wie auch viele andere Fahrradwege, in ihrem jeweiligen Zustand zu verbessern. Besonders negativ wirkt sich eine Entscheidung auf die Stimmung der beteiligten Nutzergruppen dann aus, wenn, wie in der Bismarckstraße, der neu geschaffene Verkehrsraum keine Nutzungsakzeptanz hat.

Aus diesen Überlegungen hat die CDU-Gemeinderatsfraktion schon in den vergangenen Haushaltsberatungen einen neuen Verkehrsentwicklungsplan gefordert. Dies werden wir frei nach Cato „Ceterum censeo..“ wiederholen bis Einsicht eintritt.

Verkehrskonzept Mannheim-Ludwigshafen

Aufgrund der weiter steigenden Verkehre über die drei Rheinbrücken, keiner Aussicht, dass eine weitere Querung mittelfristig errichtet wird und des geplanten Abrisses der Hochstraße-Nord in Ludwigshafen, haben die CDU-Fraktionen der beiden Städte einen Maßnahmenkatalog entworfen:

1. Einsetzung einer interkommunalen Verkehrskommission der Städte Ludwigshafen und Mannheim aus Stadträtinnen und Stadträten sowie den für Verkehr und ÖPNV zuständigen Dezernenten.
2. Vergabe eines gemeinsamen Verkehrsentwicklungsplanes mit dem Schwerpunkt der Lösung der innerstädtischen rheinquerenden Verkehre zwischen Mannheim und Ludwigshafen. Dabei sind die Maßnahmen Hochstraße sowie die Idee eines Rückbaus des „Flyovers“ im

Mannheimer Schlosspark sowie die Zufahrtssituation auf die Brücken mit zu berücksichtigen. Dieser neue Generalverkehrsplan soll bis Ende 2018 vorliegen.

3. Prüfung von alternativen Transportkonzepten für den Güterverkehr. Dazu zählen Seilbahn wie Güterfähre zwischen den Industrieunternehmen beidseits des Rheins und den entsprechenden Häfen. Darüber hinaus sollen in Zusammenarbeit mit der hiesigen Wirtschaft automatisierte Verkehre, die insbesondere in Schwachlastverkehrszeiten die geringen Straßenkapazitäten besser ausnutzen und somit zu weniger Staus auf den entsprechenden Brücken führen, geprüft und erprobt werden.

4. Ziel der gemeinsamen regionalen Verkehrspolitik muss auch eine schnellere Beschaffung von neuen Stadtbahnwagen und der Ausbau der rheinüberschreitenden Verkehrsbeziehungen im Rahmen der RNV sein. Um für maximale Sicherheit zu sorgen, soll die Nutzung des ÖPNV-Schienenwegs über die Konrad-Adenauer-Brücke für Rettungsfahrzeuge ermöglicht werden.

5. Wir wollen den Individualverkehr fördern, unterstützen und in Zukunft besser steuern. Die Erreichbarkeit der beiden Innenstädte von Mannheim und Ludwigshafen ist für beide Städte von großer Bedeutung. Deshalb müssen Baumaßnahmen länderübergreifend besser koordiniert werden. Dazu zählen in Zukunft auch intelligente Verkehrs- und Parkleitsysteme. Der Individualverkehr wird in Zukunft vielfältiger werden. Ziel muss es daher sein, Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Auto zu ermöglichen und zu fördern. Daher soll beispielsweise der Radschnellweg von Heidelberg über Mannheim bis nach Ludwigshafen und weiter nach Limburgerhof zusammenhängend geplant und gebaut werden.

6. Beantragung eines Modellprojektes beim Bund mit dem Ziel, für Mannheim und Ludwigshafen ein gemeinsames intelligentes Verkehrsmanagement zu schaffen. Dabei sollen länderübergreifend die grenzüberschreitenden Stadtverkehre intelligent gesteuert und gemeinsam gedacht werden.

Probleme des ruhenden Verkehrs lösen

In nahezu allen Gesprächen in den Stadtteilen, bei unseren Stadtteilrundgängen oder in Bezirksbeiratssitzungen können wir mittlerweile feststellen, dass der ruhende Verkehr ein nahezu genauso großes Problem darstellt wie das Gestalten von Verkehrsflüssen. Dies gilt vorrangig für die Innenstadt und innenstadtnahen Stadtteile sowie die alten Ortszentren von z.B. Neckarau, Käfertal oder Feudenheim. In den dörflichen Ortszentren sind die Strukturen noch ungeplant entstanden. Bei Gebieten wie Wallstadt-Nord oder Niederfeld müssen wir heute feststellen, dass die gesamten Voraussagen über eine zukünftige Verkehrsminderung und damit auch einem geringeren Bedarf an Parkplätzen nicht eingetreten sind. So wird auch häufig das

vorhandene Parkpotential auf dem eigenen Grundstück nicht genutzt, sondern trotzdem im öffentlichen Straßenraum geparkt. Sofern dies rechtlich zulässig ist, können wir es auch nicht ordnungsrechtlich beanstanden. Werden hingegen Zufahrten oder Ecken zugeparkt ist sicherlich auch eine intensivere, verbesserte Verkehrskontrolle dringend geboten.

In diesem Zusammenhang muss auch die Anwendung bzw. Auslegung der Vorgaben der Landesbauordnung Baden-Württemberg hinsichtlich der Stellplatzverpflichtung gemäß § 37 LBO angesprochen werden. Auch wenn es die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur aus dem Jahr 2015 der jeweiligen unteren Verwaltungsbehörde erlaubt, Abweichungen von der grundsätzlichen Vorgabe pro Wohnung ein Stellplatz für Pkw vorzunehmen, lehnt es die CDU-Fraktion, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung im neuen Quartier Franklin, ab von dieser gesetzlichen Vorgabe nach unten abzuweichen. Es verwundert einen nicht, dass Investoren daran interessiert sind. Sie sparen auf den Grundstücken Platz und bei der Investition Geld und können vermutlich trotzdem den gleichen Preis erzielen, wie, wenn sie die gesetzliche Vorgabe erfüllen würden.

Auch wenn der Gemeinderat hier, wie von der Verwaltung angesprochen, kein Mitspracherecht hat, machen wir deutlich, dass wir für die entstehenden Parkplatzprobleme in den kommenden Jahrzehnten nicht die Verantwortung tragen.

Sanierung von Straßen in den Stadtteilen

Als Ärgernis erster Ordnung wird in vielen Stadtteilen der Zustand der Straßen gesehen. In der Tat haben die Mittelansätze in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Qualität der Mannheimer Straßen zu halten (Substanzerhalt) bzw. die notwendige Straßensanierung durchzuführen. Die vielfache Installation von Tempo 30-Zonen wegen des schlechten Straßenzustandes kann keine befriedigende Lösung und erst Recht keine Dauerlösung für die Straßeninfrastruktur sein. Insofern ist es zwar erfreulich, dass die jährliche pauschale Mittelbereitstellung in Höhe von 2 Mio. € im vorgelegten Etat-Entwurf um das Handlungsprogramm Straßensanierung in Höhe von 4 Mio. € für die kommenden 3 Jahre erweitert wurde, jedoch besteht gerade in den Stadtteilen der Wunsch, dass die dort besonders intensiv genutzten Straßen auch tatsächlich zum Zuge kommen. Das Klassifizierungssystem erschließt sich insoweit häufig nicht.

Wir gehen davon aus, dass mit der Erhöhung dieses Haushaltsansatzes die Straßen in den Stadtteilen vom Norden bis zum Süden z.B. von der Lampertheimer Straße, der Oberen Riedstraße, der Niederfeldstraße, der Seckenheimer Landstraße, dem Viernheimer Weg oder der Talstraße tatsächlich auch in Angriff genommen werden.

Unverständlich bleibt, wahrscheinlich auch für viele Bürgerinnen und Bürger, dass die Koordination zwischen Stadtverwaltung und den Versorgungsunternehmen häufig nicht funktioniert. Sinn macht es, Hand in Hand eine Baumaßnahme anzugehen und wenn die unter der Straße liegenden Medien erneuert werden, im Zuge dessen auch die Straßensanierung gleich mitzumachen und dies nicht, wie in der Niederfeldstraße z. B. zeitlich getrennt durchzuführen.

Ein wichtiges Anliegen ist es der CDU-Gemeinderatsfraktion insofern auch, dass die bereitgestellten Mittel für die Straßensanierung auch vollständig abfließen und nicht als Budgetverstärkung in den nächsten Jahreshaushalt übertragen werden.

Für die CDU-Fraktion ist dies auf Dauer kein akzeptables Handeln der Verwaltung. Wir werden dafür eintreten, dass Straßensanierungen auch endlich in den Stadtteilen ankommen und hier selbst eine Priorisierung vornehmen.

Regionale und überregionale Verkehrsprobleme

Für das jetzt beginnende Planungsverfahren für die Korridortrasse Frankfurt-Mannheim stellt die CDU-Fraktion klare Forderungen auf:

1. Wir fordern für die Menschen in unserer Stadt maximalen Lärmschutz.
2. Um diesen Lärmschutz zu erreichen müssen alle Möglichkeiten, insbesondere eine Tunnellösung in Mannheim, intensiv geprüft werden.
3. Die im Januar 2016 im Bundestag beschlossenen Maßnahmen zur „menschen- und umweltgerechten Realisierung europäischer Schienennetze“ werden ohne Abstriche bei der Planung der Neubaustrecke angewandt. Darin wurde u.a. die „Gewährleistung, dass Menschen und Umwelt auch unter Zurückstellung haushaltsrechtlicher Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit so wenig wie möglich belastet werden“ beschlossen.
4. Es wird ein Projektbeirat unter Einbeziehung des Verbands Region-Rhein-Neckar, der betroffenen Städte und Gemeinden sowie der Bürgerinitiativen gebildet, der im Planungsverfahren auf Augenhöhe mit der Bahn AG agiert.

Wirtschaftsstandort Mannheim stärken

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Mannheim haben wir in den vergangenen Jahren versucht, insbesondere dadurch zu stärken, dass wir im Bereich der Startups eine Deutschland weite Größe geworden sind. Um hierbei noch ein bisschen jünger und frecher zu wirken sind die Mannheimer Gründerzentren GmbH in ihrem Auftritt nach außen zu Startup Mannheim geworden.

In 8 Gründerzentren

MAFINEX Technologiezentrum,

MUSIKPARK Mannheim,

Deutsch-Türkisches-Wirtschafts-Zentrum,

Altes Volksbad Creativ Business,

GIG 7 Gründerinnen Zentrum,

Cubex41, Gründungszentrum für Medizintechnologie,

C-HUB Kreativwirtschaftszentrum,

Textilerei Gründungszentrum für Mode und Textilwirtschaft,

sind auf über 28.000 m² Unternehmen mit 1000 Arbeitsplätzen entstanden.

Wir sind sicher, dass auch einige der Gründungen auf Dauer noch erheblich wachsen werden und zu einem veritablen Gewerbesteuerzahler werden.

Auch wenn es in den vergangenen zwei Jahren mit Bombardier und GE Sorgenkinder in der Mannheimer Wirtschaft gab, ist die Arbeitslosenquote weiter, nämlich in der Zwischenzeit auf 5,1 % gesunken. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt weiter im hervorragenden Bereich von unter 1 %. Bei florierendem Export geht es der Mannheimer Wirtschaft im Moment insgesamt sehr gut.

Dies liegt, wie oben bereits angesprochen, auch an den verkehrlichen Standortvorteilen, die Mannheim aus seiner räumlichen Lage heraus mitten in Europa hat:

- Die direkte Anbindung an die Bundeswasserstraßen Rhein und Neckar,
- der Schnittpunkt im Europäischen Fernstraßennetz,
- der Rangierbahnhof als eine der wichtigsten Drehscheiben im Europäischen Güteverkehr,
- der Hauptbahnhof als ICE Knotenpunkt, wichtigster Personenverkehrsknoten Südwest Deutschlands,

- dem City-Airport mit dem europaweiten Luftcharterservice und dem Linienverkehr der Rhein-Neckar-Air nach Berlin, Hamburg und im Sommer nach Sylt.

Daneben wird für die wirtschaftliche Entwicklung auch ein Faktor immer wichtiger:

Gut qualifiziertes und ausgebildetes Personal

Qualifiziertes Personal zu bekommen, das leistungsbereit und leistungswillig ist, wird eine wichtige Säule für die Qualität eines Wirtschaftsstandorts sein. Hier bietet die hervorragende Hochschullandschaft in Mannheim mit der Universität Mannheim und den zahlreichen Hochschulen in der Stadt den rund 28.000 Studierenden eine gute Basis. Auch die wissenschaftsnahen Forschungseinrichtung, wie das ZEW, das Institut für Deutsche Sprache, das Mannheimer Zentrum für Sozialforschung und die Forschungsgruppe Wahlen, tragen zum Renommee des Wirtschaftsstandorts Mannheim wesentlich bei. Unter diesem Gesichtspunkt ist es für uns von besonderer Bedeutung, die hier ansässigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Mannheim zu halten.

Auch wenn die Universität Mannheim in den letzten Monaten in ihrer Entwicklung zwei Rückschläge hinnehmen musste, hat sie weiterhin mit den Wirtschaftswissenschaften einen exzellenten Ruf, den es weiter zu stärken gilt. In jüngster Vergangenheit konnte die Universität in Bezug auf die Mannheim Business School und das Gebäude in B 6 weitere wichtige bauliche Akzente setzen. Die CDU-Fraktion unterstützt die Schaffung von Erweiterungsmöglichkeiten der Universität Mannheim im Friedrichspark unter gleichzeitiger gestalterischer Aufwertung.

Die Duale Hochschule, zweitgrößte Hochschuleinrichtung in Mannheim, weist weiterhin einen starken Anstieg von Studierenden auf. Das besondere Modell des dualen Studiums, Praxis und Studium zu verbinden, ist ursprünglich als Baden-Württemberger Modell gestartet und entwickelt sich über die Grenzen hinaus gut. Partner aus Industrie und Wirtschaft nehmen dieses Angebot intensiv wahr.

Die gute Arbeit der medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg ist weiterhin ein Erfolgsmodell, auch wenn durch die wirtschaftlich schwierige Lage des Universitätsklinikums Mannheim das Augenmerk auf die Erfolge der Fakultät zurückgegangen ist.

Gerade mit dem Cubex 41 und der Unterstützung des Medizintechnologieclusters erhoffen wir uns für die zukünftige wirtschaftliche, wie wissenschaftliche Entwicklung des Standorts Mannheim, positive Akzente.

Im Sommer wurde der erste Spatenstich für das Business Development Center (BDC) gelegt, das wir, in dem vor uns liegenden Etatzeitraum, mit Leben füllen werden. Es wird das Herzstück des MMT und soll wegweisend für die Vernetzung von Medizin- und Technologieforschung nah am Kunden sein.

Kulturpolitik

Schon in unserer Etatrede vor 2 Jahren haben wir als CDU-Fraktion den Ausstieg aus der Bewerbung für die Kulturhauptstadt 2025 vorgeschlagen. Heute sind wir froh, dass der Oberbürgermeister in seiner Etatrede angekündigt hat, diesem Vorschlag zu folgen.

Die Ablehnung für eine weitere Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas kommt nicht daher, dass wir nicht mehr der Auffassung wären, dass eine Beteiligung am Kulturhauptstadtprozess positive Signale für die Mannheimer Kultur und die Kulturschaffenden und die Bürgerinnen und Bürger bringen könnte, sondern ist begründet auf der Überzeugung, dass wir nicht „auf allen Hochzeiten“ tanzen können. Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren. Das kulturpolitisch Wesentliche ist im Moment, den hohen Anspruch unserer drei Leuchttürme (Nationaltheater, REM und Kunsthalle) erhalten zu können und in der Stadtentwicklung die Konversion zu gestalten und für die Umsetzung des dabei entstehenden Grünzugs Nordost eine Bundesgartenschau durchzuführen.

Die Bundesgartenschau im Jahre 2023 und eine Kulturhauptstadt im Jahre 2025 sind nicht vertretbar. Wie bereits angesprochen, steht die CDU-Fraktion zu unseren drei kulturpolitischen Leuchttürmen, dem Nationaltheater, der neuen Kunsthalle und den Reiss-Engelhorn-Museen. Dank der engagierten Arbeit der Intendanten und der Museumsleitungen haben diese drei Institutionen den kulturellen Ruf Mannheims national, ja sogar international, weiter gefestigt. Damit realisieren sie auch eine hohe Umwegrentabilität für unsere Stadt.

Mit der großzügigen Spende des Ehepaars Hector haben wir jetzt auch eine architektonisch großartige neue Kunsthalle. Wir versprechen uns mit wegweisenden Ausstellungen und mit unserer hochkarätigen Sammlung, eine europaweite Resonanz für Mannheim.

Die **Freie Szene** ergänzt das kommunale Angebot der drei Leuchttürme, des Technoseums und der Alten Feuerwache durch interessante, abwechslungsreiche, teils auch kontroverse und damit spannende Angebote. Die Angebote der Freien Szene wurden in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Neben der Kleinkunsthöhne „Klappmühl“ am Rathaus, dem Theaterhaus TIG 7, dem Theater Felina Areal hat sich zeitraumexit in der Freien Kunstszenen etabliert. Neu hinzugekommen ist das Eintanzhaus in der Trinitatiskirche in G4. Auch das Cinema Quadrat kann sich über ein neues Domizil in K1 freuen. Jetzt geht es darum, diese und weitere Institutionen wie das KKO und die freie Kunstakademie mit den eingeplanten Mitteln zu unterstützen. Der Zuwachs an neuen Angeboten würde den Haushalt überfordern. Das wäre auch eine Gefahr für die bestehenden Einrichtungen.

Wir stehen kultur- und finanzpolitisch vor einer der größten Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte, nämlich der Generalsanierung des **Nationaltheaters**. Die Weichen dafür haben wir gestellt, aber finanziell werden wir diese Aufgabe nicht alleine bewältigen können. Wir fordern für dieses einzigartige Nationaltheater in kommunaler Trägerschaft eine angemessene Förderung des Bundes, da wir mit Weimar ein gemeinsames Alleinstellungsmerkmal haben, nämlich Nationaltheater zu sein. Die Forderung der Unterstützung richten wir aber auch an das Land Baden-Württemberg, das für seine Staatstheater in Stuttgart offensichtlich unbegrenzte Mittel hat. Kulturpolitisch kann das Maß für die Unterstützung des Landes nicht die Frage sein, ob das Land Träger der Einrichtung ist oder nicht. Es muss darum gehen, welche Qualitäten will ich im gesamten Bundesland den Bürgerinnen und Bürgern anbieten. Mannheim kann in Puncto Qualität ganz vorne mitspielen. Unser Nationaltheater wurde zweimal zum Opernhaus des Jahres gewählt und unser Schauspielintendant wurde nach Stuttgart abgeworben. In Rang und Ansehen ist das Nationaltheater Mannheim den Staatstheatern Stuttgart ebenbürtig.

Der Sanierungsaufwand mit geschätzten 185 Mio. € und die dazu kommenden Kosten für die Umzüge und die Schließzeiten zwingt uns, wie bereits oben beschrieben, zum Beispiel beim Kulturhauptstadtprojekt Maß zu halten und dieses einzustellen.

BUGA 2023 – Luisenpark aufwerten

Der Gemeinderat hat die BUGA 2023 mit der Leitentscheidung im Mai dieses Jahres nunmehr endgültig auf den Weg gebracht.

Schon vor 2 Jahren haben wir als CDU-Fraktion als wesentliche Problempunkte der BUGA-Planung die Verlegung von großen Teilen der Kleingärten an der Feudenheimer Straße, der erforderliche Neubau von Vereinsanlagen für die Schützengesellschaft und die Größe einer Wasserfläche in der Au sowie die Einbindung des Luisenparks in die BUGA 2023 angesprochen und dies als wichtige Punkte für die CDU-Fraktion definiert.

Insofern haben wir mit unserem Antrag zur Leitentscheidung wesentliche positive Verbesserungen erreichen können. Der Wegfall von Kleingärten ist auf maximal 10 Gärten beschränkt und diese werden durch Ausgleichsflächen an anderer Stelle der Anlage neu hergestellt. Der Schützenverein muss nicht verlegt werden. Damit nicht entstehende Kosten können für Maßnahmen zur Attraktivierung der BUGA verwendet werden. Gleiches gilt für den Wegfall einer Fahrradbrücke über die Feudenheimer Straße, die Millionen gekostet hätte.

Am wichtigsten war es uns jedoch, die Einbindung und die damit einhergehende Aufwertung des Luisenparks zu erreichen. Für die Einstellung von 9 Mio. € für die Sanierung des Altbestandes des Luisenparks, haben wir zunächst von unterschiedlichen Seiten, insbesondere jedoch von der Verwaltung, verbale Prügel bekommen. Umso überraschter waren wir dann, als wir nach der Sommerpause als CDU-Gemeinderatsfraktion von der zuständigen Bürgermeisterin und Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtpark GmbH Pläne für die Sanierung des Luisenparks gesehen haben. Die von uns so dringend eingeforderten 9 Mio. € zusätzlich zum bisherigen 6 Mio. € Budget waren schon promptverplant. Wie man also den Luisenpark wieder zu einer der schönsten Parkanlagen Europas hätte machen wollen, ohne dass die CDU-Gemeinderatsfraktion ihren Antrag erfolgreich im Gemeinderat durchgebracht hat, bleibt ein Rätsel, das wir glücklicherweise nicht mehr lösen müssen.

Wir wünschen uns, dass die Mannheimerinnen und Mannheimer gerne und mit Stolz in ihren Luisenpark gehen, um die Kinder und Enkelkinder auf gepflegten Spielplätzen rumtoben zu sehen, sich zu entspannen, spazieren zu gehen oder einfach nur mit Blick auf die Gondolettas und den Kutzerweiher einen Kaffee zu trinken.

Auch Leonhard wird seinen Lieblingsplatz im Luisenpark finden, vielleicht zum Schrecken von Eltern und Waschmaschine, auf dem Wasserspielplatz.

Von besonderer Bedeutung für das Gelingen der Bundesgartenschau 2023 werden die Highlights einer solchen Gartenschau sein. Eine reine Blumenschau alleine lockt niemanden aus 100 oder 150 km Entfernung nach Mannheim. Das Gespür für neue Entwicklungen wie urban gardening, vertical gardening, Themenparks und interessante Veranstaltungen gehören dazu. Da die Parkplätze sicherlich am Maimarkt verortet werden müssen, kann ich mir Shuttleverkehre mit selbstfahrenden Autos in Elektromobilität vorstellen, sofern dies nicht bis zum Beginn der Bundesgartenschau sowieso Standard ist. Auch die Bebauung am Nordrand der Parkschale muss architektonisch eine Aufwertung für die BUGA sein. In den Reihen dahinter muss jedoch eine Angleichung an die übliche Wohnstruktur von Käfertal Süd mit Ein- und Zweifamilienhäusern, Doppelhaushälften und gegebenenfalls auch einigen Reihenhäusern erfolgen. Geschosswohnungsbau mit kleinteiligeren Einheiten können wir uns daher nicht vorstellen. Dass die Bebauung am Südrand von Spinelli in der Zwischenzeit von der GBG geplant wird und dort gleichzeitig noch der zentrale Grünhof für Mannheim entstehen soll, verwundert uns. Eine inhaltliche Diskussion über die Effizienz und Wirtschaftlichkeit eines solchen Grünhofes wurde in den entsprechend zuständigen Ausschüssen AUT bzw. Technische Betriebe zu keinem Zeitpunkt geführt. Die sonst so groß geschriebene Bürgerbeteiligung wurde nur oberflächlich durchgeführt, obwohl das Bürgerinteresse vor Ort an diesem Thema besonders groß ist. Dass am Rande des Grünzuges Nord-Ost auch ein Grünhof entsteht, macht sicher Sinn, ob hier aber ein zentraler Grünhof entstehen muss, bleibt für uns mit einem Fragezeichen versehen und bedarf noch einmal einer intensiven Diskussion. Nach heutigem Stand könnten wir einer solchen Entwicklung sicher nicht zustimmen.

Ehrenamt, Sport und Vereine

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

Mehr als 23 Millionen Menschen engagieren sich in der Bundesrepublik heute ehrenamtlich. Bürgerschaftliches Engagement ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Unser Land und unsere Stadt Mannheim wären ärmer, würde es nicht die vielen Bürger in Sportvereinen, Stiftungen, im kirchlichen oder sozialen Bereich geben, die sich freiwillig engagieren. Sie

sorgen für mehr Zusammenhalt und fördern das Gemeinwesen. Das verdient unsere Anerkennung und Unterstützung.

Der hohe Anteil der ehrenamtlichen Kräfte bei Feuerwehr, Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk stellt ein außergewöhnlich hohes Maß bürgerschaftlicher Mitwirkung dar. Die CDU-Fraktion wird sich daher für mehr Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit in Mannheim einsetzen. Wir müssen in einen intensiven Diskurs gehen, wie wir ehrenamtliches Engagement über das verbale Lob hinaus unterstützen können. Eine Ehrenamtskarte wie sie bereits in einigen Städten erfolgreich eingesetzt wird und zum Beispiel Vergünstigungen auf öffentliche Nahverkehrsmittel oder ermäßigte Eintritte bei städtischen Einrichtungen wie Museen, Kultureinrichtungen oder Theater gewährt, kann dafür in Betracht kommen.

Sport

Der Sport hat eine ganz besondere Stellung in unserer Gesellschaft. Er ist nicht nur Teil unserer Kultur, sondern vielmehr auch eine unverzichtbare Bildungseinrichtung. Sport bedeutet das Erlernen und Entwickeln von motorischen Vollzügen, das Erlangen von Teamgeist, Dialogfähigkeit und Teamgeist. Auch vermittelt der Sport beispielhaft das Integrieren von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Bewegung durch Sport stellt die größte Möglichkeit der Prävention für die Gesundheit des Menschen dar. Dies alles wird von über 260 Mannheimer Vereinen geboten. Sie sind überwiegend auf ehrenamtlicher Basis aktiv und leisten Wertvolles für die Gesellschaft.

Gerade weil Schulträger und Freizeiteinrichtungen alleine nicht in der Lage sind dies zu schultern, sind wir auf die Unterstützung der zahlreichen Sportvereine in Mannheim angewiesen.

Sportentwicklungsplanung umsetzen

Die von der Stadt Mannheim in Auftrag gegebene Untersuchung als Grundlage der Sportentwicklung in Mannheim durch die Universität Wuppertal soll weiterhin als Empfehlung für die Ausrichtung der Mannheimer Sportstätten gelten.

Der selbstorganisierte Sport soll dabei stärker bedacht werden als bisher. Auch die Bereiche Fitness und Gesundheit sowie neue Sportarten nehmen zukünftig eine größere Bedeutung ein. Der demographische Wandel, veränderte Sportzeiten durch Ausweitung von Ganztagschulen sind dabei zu berücksichtigen. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, auf den vorhandenen

Konversionsflächen die Belange des Sports stark zu betonen und die sportliche Nutzung der Konversionsflächen zu initiieren. Wir setzen uns ein für eine stärkere Koordinierung der Sportentwicklung sowie dafür die Sportförderpraxis und die Sportförderrichtlinien an einigen Stellen zu überdenken und zu modifizieren.

Förderung von Sportvereinen

Die Sportvereine in Mannheim benötigen eine ausreichende Förderung, um ihren vielfältigen Aufgaben im Bereich Sportangebot für jedes Alter, insbesondere für den Kinder- und Jugendsport gerecht werden zu können. Ihr Beitrag für die Gesellschaft ist ein Vielfaches dessen, was in der Vergangenheit an finanziellen Mitteln bereitgestellt wurde und auch ein Vielfaches davon, was wir im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragen können.

Vereine können zukünftig nicht mehrere Jahre auf die vollständige Auszahlung ihrer beantragten Fördermittel für getätigte Investitionen im Sportstättenbau warten. Es ist ihnen nicht zumutbar diese Ansprüche über einen längeren Zeitraum wie bisher vorzufinanzieren. Gerade weil auch die Vereine nicht mehr von so vielen Spendern und Sponsoren Zuwendungen erhalten, sind sie auf die zeitnahe Auszahlung der Fördergelder angewiesen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion fordert deshalb für die Haushaltsberatungen, die Zuschüsse zum Bau und zur Sanierung von vereinseigenen Sportstätten zumindest bei dem Betrag von insgesamt 1,0 Mio. € zu belassen und gleichzeitig die Förderzuschüsse zeitnah an die Vereine auszuzahlen.

Des Weiteren fordert die CDU eine Überarbeitung und Modifizierung der bisherigen Förderrichtlinien im Sportstättenbau. Einige Vereine beklagen den energetischen Sanierungsstau ihrer Vereinshäuser und die damit verbundenen hohen Kosten der Sanierungsmaßnahmen, die überwiegend in den Förderrichtlinien ausgeschlossen sind. Zudem benötigen die Sportvereine deutlich höhere Zuschüsse zum Unterhalt vereinseigener Anlagen. Vereine die städtische Platzanlagen übernommen haben, stellen fest, dass mit den zu geringen bereitstehenden Zuschüssen die Anlagen nicht kostenneutral zu unterhalten sind.

Als wesentlicher Kostentreiber für alle Vereine sind die hohen Energiekosten zu nennen. Wir begrüßen ausdrücklich das großzügige Sponsoring der MVV Energie AG für den Profi- und Hochleistungssport in der Metropolregion, würden uns aber auch über die Einbeziehung der vielen engagierten Breitensportvereine in Mannheim freuen, die durch ihre wertvolle Grundlagenarbeit den Leistungssport erst ermöglichen.

Bäder- und Freizeiteinrichtungen

Die CDU-Fraktion hat sich über die vergangenen Jahre intensiv mit dem Prozess der Neuausrichtung der Bäderlandschaft in Mannheim beschäftigt und gemeinsam mit den Vertretern im Arbeitskreis Bäder die Weiterentwicklung konstruktiv begleitet und mitgestaltet. Die CDU-Fraktion setzt sich weiterhin für den Erhalt der Frei- und Hallenbäder in den Vororten ein.

Wichtig ist der CDU-Fraktion, dass wir die bestehenden Bäder in ihrer Funktionalität attraktiveren und auf den neusten Stand bringen und die dafür notwendigen Sanierungen vornehmen. Denn die Bürgerinnen- und Bürger erwarten in den Vororten ein attraktives Freizeitangebot und dazu gehören selbstverständlich die Frei- und Hallenbäder. Die dafür notwendigen Sanierungs- und Attraktivierungsmaßnahmen sollen zügig umgesetzt werden. Das Vorhaben der Errichtung eines modernen Kombibades im Herzogenried hat die CDU Fraktion wohlwollend unterstützt.

Sport- und Bewegungsangebote im Grünzug Nordost

Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass in dem entwickelten Grünzug für alle Alters- und Zielgruppen adäquate Sportmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Der vereinsorganisierte Sport soll weiter wie bisher in Käfertal-Süd und in den Bereichen der Vogelstang konzentriert bleiben. Die Verlagerung von bestehenden Vereinsanlagen lehnen wir ab, da gerade die dort ansässigen Vereine für ein umfangreiches Freizeitangebot im Stadtteil sorgen. Für den sich immer stärker entwickelnden Individualsport fordern wir ausreichende Sport- und Freizeitmöglichkeiten im öffentlichen Raum einzuplanen.

Sportstättenkonzept für Seckenheim

Vor dem Hintergrund der bisherigen Sportstätten-situation, der durch eine Verteilung auf unterschiedliche Standorte, Zugangsprobleme sowie Sanierungsbedarfe bei einzelnen Sportanlagen gekennzeichnet ist, besteht akuter Handlungsbedarf den Seckenheimer Vereinen eine Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für eine zukunftsgerechte Ausrichtung der Sportinfrastruktur aufzuzeigen und umzusetzen. Die CDU Fraktion unterstützt daher das Sportstättenkonzept für Seckenheim und die Forderung der Vereine für die Planung und Umsetzung eines zukunftsorientierten Sportzentrums zur Förderung von Sport und Bewegung.

Zusätzliche Sporthallenbedarfe prüfen und Bedarfsplanung umsetzen

In Gesprächen mit Vereinsvertretern kommt häufig der Einwand, zu wenige Sporthallenzeiten, besonders in den Wintermonaten für Vereinssport vorzuhalten. Auch würden sich durch die Zunahme des Ganztages-Schulbetriebes die Vereinssportzeiten immer stärker in die Abendstunden verlagern. Wir fordern deshalb die Verwaltung auf, für eine ausreichende Bereitstellung an Sporthallenzeiten zu sorgen.

Förderzuschüsse aus Sonderprogrammen von Land und Bund beantragen

Der Bund und das Land unterstützen Kommunen im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge und Vereine bei Investitionen für Sportstätten durch die Bereitstellung von staatlichen Fördermitteln. Alleine in 2016 und 2017 legte der Bund ein Sonderprogramm zur Sanierung von Sportstätten auf in der Gesamthöhe von 100 Millionen Euro. Wir fordern die Verwaltung auf, sich bei anstehenden Sanierungsprojekten von Sport- und Freizeitanlagen (z.B. Herschelbad) an den jeweiligen Ausschreibungswettbewerben zu beteiligen.

Übernahme von Ausfallgarantien für nationale und internationale Sportveranstaltungen

Auch sehen wir Handlungsbedarf für die Gewährung von Ausfallgarantien für Sportveranstaltungen. Mit unseren früheren Anträgen dazu haben wir bereits deutlich auf die Wichtigkeit von Übernahmen der Ausfallbürgschaften hingewiesen.

Die zumeist jährlich wiederkehrenden Sportveranstaltungen sind wichtige Bestandteile der Außendarstellung der Sportstadt Mannheim. Geplante Kürzungen der Ausfallgarantien sind nicht darstellbar und eine Aufstockung der Finanzposition zu prüfen.

Mannheim – Stadt der Stadtteile

Die Innenstadt ist das pulsierende Einkaufszentrum für alle Mannheimer und die gesamte Region. Die Sanierung der Planken war notwendig und überfällig. Warum die Planung eines solchen Projektes nicht so professionell und organisatorisch reibungslos ablaufen kann wie die Großbaustelle der vergangenen Jahre, nämlich Q6/Q7, bleibt Anwohnern und Besuchern gleichermaßen ein Rätsel. Immerhin kann zum Weihnachtsgeschäft die Straßenbahn wieder durch die Planken fahren.

Die Mannheimer haben jedoch sehr häufig auch eine besonders enge Beziehung zur ihrem Stadtteil. Daher schätzen es z. B. Käfertaler oder Seckenheimer Bürger sehr einen eigenen

Bürgerservice vor Ort zu haben. Dort werden auch Probleme des Stadtteils wahrgenommen. Das ist gelebte Stadtteilorientierung. Ein Stadtteilspaziergang des Oberbürgermeisters kann das nicht ersetzen.

Aktuelle Themen

Abschließend möchte ich noch zu einigen aktuellen Themen Stellungen nehmen.

Stadtbibliothek

Basierend auf der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters, in der der Standort N2 für die Stadtbibliothek als Standortkompromiss vorgeschlagen wurde, möchte ich für die CDU-Fraktion wie folgt antworten. Die CDU-Gemeinderatsfraktion war in der Diskussion um einen neuen und einheitlichen Standort für die Stadtbibliothek immer der Auffassung, dass nur ein Objekt in der Innenstadt infrage kommen kann. Dies ist insbesondere aus dem Handel und von der Werbegemeinschaft City, so wie vielen weiteren Akteuren auch hier aus dem Gemeinderat stets ebenso gesehen worden. Insofern ist der Standort auf dem Quadrat N2 eine gute Standortwahl. Eine neue Entwicklung auf N2 bei gleichzeitiger Aufgabe des Standorts im Stadthaus muss die weitere Entwicklung des Stadthauses jedoch immer mitgedacht werden. Das Stadthaus und N2 sollten dabei gemeinsam betrachtet werden. Dass durch eine solche Lösung auch Parkplätze wegfallen, ist für uns nur dann nicht problematisch, wenn zumindest ein Teil der Parkplätze auf N2, z.B. im unterirdischen Teil erhalten werden oder teilweise anderenorts neue Parkplätze geschaffen werden. Optionen hierfür sind der Bunker unter dem Paradeplatz zur Erweiterung der Tiefgarage unter dem Stadthaus, eine Tiefgarage unter den Kapuzinerplanken oder eine Parkpalette auf dem jetzigen Parkplatz M3a. Wir sehen eine gute Chance hier Lösungen zu finden.

Dass die Mannheimer Parkhausbetriebe GmbH jedoch auf ihrem Grundstück zukünftig dauerhaft eine Vermieterrolle für die Stadtbibliothek annehmen soll, wird man nochmals diskutieren müssen. Über diese Mietmodelle entsteht, wie bereits oben zum ähnlichen Engagement der GBG skizziert, eine dauerhafte und damit strukturelle Belastung für die zukünftigen Haushalte.

Einrichtung eines Ankunftsentrums

Die Haltung der CDU-Gemeinderatsfraktion zur Einrichtung eines so genannten Ankunftsentrums in Mannheim hat sich seit Bekanntwerden des Themas im Herbst 2016 nicht verändert.

Zur Historie: Zu Beginn der Flüchtlingskrise hat die Stadtverwaltung den Gemeinderat darüber informiert, dass für Mannheim die Möglichkeit besteht ein so genannter LEA-Standort zu werden. Vorteil eines solchen LEA-Standorts sollte sein, dass die Unterhaltung der LEA und die Unterbringung der Asylbewerber selbst für Mannheim keine Kosten verursacht und auch, dass Mannheim von der Wohnsitzauflage befreit wäre (sog. LEA-Privileg). Schon die gesetzliche Änderung der Befreiung von der Wohnsitzauflage erfolgte jedoch nicht. Im Herbst 2016 wurde dann öffentlich gemacht, dass das Land Baden-Württemberg in Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister stand, das bisher in Heidelberg angesiedelte Ankunftscenter nach Mannheim auf die bisher noch von den amerikanischen Streitkräften innegehaltenen Fläche Coleman zu verlagern. Schon zum damaligen Zeitpunkt hat die CDU-Gemeinderatsfraktion aus verschiedenen Gründen die Einrichtung eines solchen Ankunftscenters in Mannheim auf Coleman abgelehnt. Die Freigabe von Coleman seitens der Amerikaner hat bisher nicht stattgefunden und wird vermutlich auch nur teilweise stattfinden. Teilweise traumatisierte Bürgerkriegsflüchtlinge auf einem Militärgelände der amerikanischen Streitkräfte seit an seit unterzubringen ist bereits eine fehlerhafte Entscheidung. Des Weiteren hat auch bei einem Besuch des Heidelberger Ankunftscenters das Innenministerium keine verbindliche Aussage dazu getroffen, dass ein solches Zentrum auch in Zukunft ausschließlich für ankommende Flüchtlinge und nicht auch als Abschiebezentrum genutzt werden wird. Ferner haben wir immer auf die besondere Situation Mannheims in Bezug auf die Integrationsleistung der Stadt im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus Süd-Ost Europa hingewiesen. So hat Mannheim in den vergangenen Jahren bereits rund 10.000 Zuwanderer in die Stadtgesellschaft integrieren müssen. Nur wenige deutsche Großstädte haben sich einer vergleichbaren Situation gegenüber gesehen. Für Baden-Württemberg hat Mannheim insofern eine Alleinstellung.

Bereits aus diesem Grund haben wir immer gefordert, dass sich die Stadtspitze gegenüber dem Land dafür einsetzt, Mannheim auch ohne Standort als Ankunftscenter ganz oder zumindest teilweise von der Wohnsitzauflage zu befreien. Dass dies in anderen Bundesländern funktioniert, gibt das Beispiel von Salzgitter wieder. Wenn wir die Signale aus Berlin richtig verstehen, geht man doch davon aus, dass aufgrund der rückläufigen Flüchtlingszahlen und der Notwendigkeit einer effektiveren Abschiebung die Registrierzentren wie auch Heidelberg

bisher eines ist zu Abschiebezentren auszustatten. Leider hätten wir dann mit unserer Erwartung recht behalten. Insofern können wir nur den dringenden Appell an den Oberbürgermeister richten, seine Haltung schnell zu überprüfen und alles zu unternehmen, dass Mannheim nicht das zentrale baden-württembergische Abschiebezentrum wird, denn dies würde die hohe Mannheimer Integrationskraft endgültig überfordern - insbesondere im Mannheimer Norden.

Zu vielen Themen haben wir als CDU-Gemeinderatsfraktion noch mehr zu sagen als uns die knappe Redezeit lässt. Immerhin hatte Oberbürgermeister und Kämmerer zusammen deutlich über 2 Stunden. Daher steht im nachfolgenden Anhang einiges was wir in der gehaltenen Rede nicht mehr untergebracht haben

Danke

Für die Arbeiten an dieser Etatrede bedanke ich mich bei den Mitgliedern der CDU-Gemeinderatsfraktion für ihre Beiträge und bei unserem Fraktionsgeschäftsführer Matthias Sandel sowie Branka Todoric und Christian Kirchgässner für deren Unterstützung bei der Erstellung dieser Etatrede.

Lassen Sie mich abschließend den Dank der CDU-Gemeinderatsfraktion für die von der Verwaltung geleisteten Vorarbeiten, insbesondere durch das Kämmereiamt unter Leitung von Herrn Manhardt, zum Ausdruck bringen. Unser allgemeiner Dank gilt aber auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kompletten Stadtverwaltung, die täglich im Dienste der Bürgerinnen und Bürger tätig sind.

Ich wünsche dem Gemeinderat und der Verwaltung konstruktive Etatberatungen in entspannter Atmosphäre. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anhang:

Arbeitsmarktpolitik in unserer Stadt (SGB II und SGB III)

Die positiven Daten am allgemeinen Arbeitsmarkt in Mannheim, mit seinen ca. 175.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, als auch der spezielle Blick auf die weiter sinkende Arbeitslosenzahl mit 5,1% zum Monatsende Oktober 2017 belegen die guten Beschäftigungsimpulse der derzeitigen konjunkturellen Wirtschaftslage und den Einsatz der Arbeitsmarktinstrumente in unserer Stadt. Beispielhaft steht hierfür die Jugendarbeitslosigkeit mit seinem Benchmark für ganz Europa mit unter 1%.

Dennoch bleibt die hohe Fallzahl bei den Langzeitarbeitslosen im SGB II eine stetige Herausforderung, weil diese trotz geringfügigem Rückgang weiterhin auf hohem Niveau verharret.

Es ist aber rückschauend – entgegen vielfältiger Kritik linker Parteien – ab 1.1.2005 richtig gewesen, die Gemeinsame Einrichtung mit deren Bündelung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe (SGB II) mit ihren Leitgedanken: Fördern und Fordern zu installieren, welche in hohem Maße den individuellen Bedarfen der Menschen gerecht wird.

In diesem Sinne fördert und unterstützt die CDU-Gemeinderatsfraktion die Aktivitäten der Gemeinsamen Einrichtung und der Agentur für Arbeit in unserer Stadt die dem Ziel verpflichtet sind, arbeitslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt, in sozial-versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln bzw. zu bringen. Allein aus dem Grund, weil Erwerbsarbeit auch immer bedeutet: Teilhabe der Menschen an der Stadtgesellschaft.

Darüber hinaus belegt der Sozialbericht 2017 der Bundesregierung den hohen Stellenwert der Agenturen für Arbeit und den Jobcenter vor Ort mit ihren vielfältigen Fassetten zur Sicherung der Lebensperspektiven von arbeitssuchenden Menschen.

Dies gilt auch für unsere Stadt Mannheim, betrachtet man die deutlich gesunkene Arbeitslosigkeit in den vergangenen 12 Jahren.

Bedarfe für Unterkunft und Heizung (SGB II – Regelung)

Das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld sind Teil der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und damit Teil der Leistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums. So werden neben dem Regelbedarf für die Anspruch berechtigten SGB II-Empfänger auch unter dem Begriff: Sozialgeld die angemessenen Bedarfe für Unterkunft und Heizung unter Beachtung von Einkommen oder Vermögen gedeckt. Sozialgeld trägt damit ganz erheblich zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens bei.

Die dazu zum 1.1.2005 gebildete Gemeinsame Einrichtung mit derzeit 397,4 Vkl-Beschäftigten wird von Seiten der Stadt Mannheim mit einem Finanzierungsanteil von 15,2% der Personalkosten (ca. 4,4 Mio.) mitgetragen.

Weiter hat die Kommune Mannheim gemäß der neuen Bund-Länder-Vereinbarung die Kosten der Unterkunft im Ergebnishaushalt (FB50) 1.31.20-00-01: 2018 = 85,0 Mio. € / 2019 = 85,7 Mio. € zu schultern, welche allerdings jetzt zu **49%** (KdU – 31,6%; Bildungs- und Teilhabe / BuT = 4,5%; Bundesteilhabegesetz = 7,9 % und für anerkannte Flüchtlinge = 5,0 %) durch den Bund entlastet werden, was in den beiden Haushaltsjahren 2018/2019 eine Finanzentlastung des städtischen Haushalts in Höhe von 2018: 38,0 Mio. und 2019: 39,0 Mio. bedeutet.

Allein durch diesen zukünftigen Transferertrag beim FB 50 wird deutlich, dass durch die derzeit kommunalpolitisch freundliche Politik des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen die Lasten der Aufgabe Arbeitslosengeld II / Sozialgeld deutlich beim städtischen Haushalt senkt.

Die Kernfragen für die weitere Zukunft lauten:

Wird die jetzige positive finanzielle Perspektive mit dem Wegfall der Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge und dem Wegfalls des LEA-Status bei der Job Börse mit ihren SGB II – Ergänzungs-Leistungen für Unterkunft und Heizung (Sozialgeld) und beim FB 50 der Stadt Mannheim so bleiben?

Ist mit einem Risiko in großem Umfang (Anm.: 3,2 Mio. € bis 6,4 Mio. €) ab dem Jahre 2019 beim städtischen Haushalt zu rechnen?

Vom Wegfall der derzeitigen LEA-Status-Situation auf die möglichen, heute nicht bezifferbaren SGB II-Bedarfsleistungen der Mannheimer Job Börse ganz abgesehen.

Bildungs- und Teilhabegesetz nach § 6b BKGG

Bereits 2 Jahre nach der Einführung hat der Deutsche Städtetag im Jahre 2013 in seiner Ausgabe 6/13 erklärt, das „Bildungs- und Teilhabepaket erreicht immer mehr Familien.“ Damit sorgt das Bildungspaket dafür, die Chancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu verbessern, weil es

- * ein tägliches, subventioniertes Mittagessen in Kindertageseinrichtungen und Schulen umfasst,
- * die Finanzierung von Klassenfahrten und Klassenausflügen beinhaltet,
- * den jährlichen Bedarf von notwendigen Schulmaterialien bis 100 € deckt,
- * einen monatlichen 10-€-Zuschuss für Sport- oder Musikvereine übernimmt.

Darüber hinaus kann auch Lernförderung für Kinder aus Hartz VI-Familien bezahlt werden.

Nunmehr ist im Rahmen der Bund-Länder-Finanzvereinbarungen gesichert, dass die anfallenden Kosten für diese Bildungs- und Teilhabegesetz-Leistungen vom Bund erstattet werden. Insgesamt sind in den kommenden Jahren bei der Etatgestaltung: 2018 3,6 Mio. €; 2019 3,8 Mio. € im Etat und 2020 3,9 Mio. €; 2021 4,1 Mio. € in der mittelfristigen Finanzplanung eingepreist. Ein ausgesprochen positives Signal für alle bedürftigen Familien und besonders deren Kinder.

Tagesbetreuungsangebote für Kinder (FB 56)

Einhergehend mit den Rechtsansprüchen für einen Krippenplatz für 0 – 3-jährige Kinder und für einen Kindergartenplatz für 3 – 6-jährige Kinder leistet die Stadt Mannheim einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einem Platzangebot von rund 3.800 Plätzen, davon ca. 1.900 Ganztagesplätze, fördert unsere Stadt mit hohem Personalaufwand (2018: 52,8 Mio. € und 2019: 54,7 Mio. €) die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege mit einem Gesamtvolumen von 57,2 Mio. € bzw. 59,1 Mio. € in den beiden kommenden Jahren.

Darüber hinaus leisten die Freien Träger mit ihren ca. 120 Kindertagesstätten – Betreuungseinrichtungen, unterstützt von der Stadt Mannheim (FB 51)

* 2018: ca. 45,4 Mio. € und

* 2019: ca. 48,0 Mio. €

und dem Land Baden-Württemberg im Rahmen der Regelungen zum Personalkostenzuschuss die Förderung der Kindererziehung, so dass insgesamt – ungeachtet von Einzelsachverhalten – die Vorgaben des Bundes hinsichtlich des Rechtsanspruchs in unserer Stadt erfüllt sind.

Ungeachtet der bereits vorhandenen Versorgungsquote für die beiden Teilbereiche 0 – 3 Jahre und 3 – 6 Jahre wird auch in den kommenden Jahren weiterer Mittelbedarf für den Krippen- und Kindertagesstätten-Bestand und deren Optimierung benötigt werden.

Sozialreform: Bundesteilhabegesetz

Am 1.12.2016 hat der Deutsche Bundestag das Bundesteilhabegesetz beschlossen, mit dem die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden sollen. Schwerpunkt der umfassenden Gesetzesreform ist die Neufassung des Neunten Sozialgesetzbuches (SGB IX). Die Kernthematik der Änderung betrifft die Eingliederungshilfe, die bisher im Sechsten Kapitel ab § 53 SGB XII angesiedelt war, nunmehr aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe herausgelöst und in das neu gefasste SGB IX integriert wird.

Schrittweise in mehreren Etappen soll das neue Bundesteilhabegesetz mit seinen veränderten Inhalten u.a. Vermögensfreigrenzen, Arbeitsförderungsgeld für Werkstattbeschäftigte ins SGB IX eingegliedert werden. Kerngedanke dieser „Sozialgesetzbuch-Überleitungsreform“ ist die Zielsetzung, die Fachleistungen der Eingliederungshilfe künftig klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt zu trennen und so finanziert werden.

Ungeachtet der noch anstehenden Gesetzesklärungen und Evaluierungsprozesse bleibt die Zuständigkeitsfrage der Stadt und Landkreise für die Eingliederungshilfe eine bisher vom Land Baden-Württemberg unbeantwortete Frage. Gleiches gilt hinsichtlich des Bedarfserhebungsverfahrens („Instrument zur Bedarfsfeststellung“) sowie die Inhalte des neu notwendig gewordenen Landesrahmenvertrages.

Ungeachtet dieser offenen Fragen ist hinsichtlich der Eingliederungshilfe die Tatsache wichtig, dass der Bund sich im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung zur Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Mrd. € verpflichtet hat. So werden in diesem Kontext die kommunalen Kosten

für die Eingliederungshilfe, in Mannheim 2018: 64,3 Mio. €; 2019: 66,3 Mio. € schrittweise in den kommenden Jahre minimiert.

Resultierend bedeutet das nach Angaben des Dezernates II für die Eingliederungshilfe, mit Blick auf die neue Bundesteilhabe-Gesetzgebung und die Bund-Länder-Vereinbarung, dass sich die Gesamtaufwendungen bei diesem Teilergebnishaushalt im Etatentwurf 2018: mit 6,4 Mio. €; 2019: mit 8,6 Mio. €; beim Jahr 2020: mit 9,3 Mio. € und 2021 mit 9,3 Mio. € Transfererträgen entlasten werden.

Zusammengefasst: Für die CDU-Gemeinderatsfraktion bedeutet diese Sozialgesetzreform ein Schritt in die richtige Richtung, dem weitere materielle Leistungshilfeschritte in den kommenden Jahren folgen müssen.

Entlastung der Stadt Mannheim durch den Bund

Betrachtet man den Sozialaufwand der Stadt Mannheim in Gänze so kann festgestellt werden, dass bis zum Jahre 2019 die Hälfte der Bruttoausgaben des FB 50 in Höhe von 240,8 Mio. € vom Bund mit 120,7 Mio. € entlastet wird. Insbesondere in den vergangenen 7 Jahren ist der Entlastungseffekt für den städtischen Haushalt von 30,8 Mio. € auf nunmehr 100,0 Mio. € angewachsen und wird 2019 den Etatplanwert 120,7 Mio. € erreichen. Einhergehend mit diesen Bundeszuschüssen für den Sozialaufwand kann festgestellt werden, der Nettosozialaufwand des FB 50 ist in den vergangenen 7 Jahren nicht größer geworden und stagniert bei ca. 120,0 Mio. € jährlich. Eine angesichts der Investitions Herausforderungen der Stadt sehr erfreuliche finanz- und sozialpolitische Erkenntnis.

**Es gilt das gesprochene Wort.
Die nicht gesprochenen
Passagen wurden
zu Protokoll gegeben.**

Herausgeber:
CDU-Gemeinderatsfraktion
Mannheim
E 5 Rathaus
Postfach 10 30 51
68030 Mannheim
Tel.: 0621-293-2190
Fax: 0621-293-9440
E-Mail cdu@mannheim.de
Internet www.cdu-mannheim.de

Foto: Thomas Henne
Agentur für Werbung und PR

Layout: zaubzer.de